Posener Tageblatt

Das Polnische Einkommensteuer Gesetz in deutscher Uebersetzung hilft über alle Schwierigkeiten hinweg. Preis zł 7.50. Zu haben in allen Buchhandlungen.

Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł, in den Ausgabestellen 5,25 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5,40 zł, Ausland 3 Rm einschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł, mit illustr. Beilage 0,40 zł
Anzeigen: im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50% mehr. Ausland 100% Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Posener Tageblatt, Anzeigenabteilung, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6275, 6105. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 212822 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań), in Deutschland: Breslau Nr. 6184. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes", Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernsprecher: 6105, 6275 — Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań.

Billig !!! sind in diesem Jahr sämtl. Sämereien. **Illustr. Preisliste** gratis. Fr. Gartmann, Poznań W. Garbary 21.

70. Jahrgang | Mittwoch, 25. Februar 1931 | Nr. 45

Heute:

Politik:
Leitartikel: Weltluftverkehr heute und morgen.
„Diplomatie" mit Einbruchswerkzeug.
Die Pariser Einigungskonferenz.
Das Grubenunglück bei Aachen.
Gefahren im Schnee.

Feuilleton:
Der Daitsch.
Anekdoten

Recht und Steuern:
Der amtsrichterliche Strafbefehl nach neuem Strafprozessrecht.
Darf man wildernde Hunde und Katzen töten?

Handel:
Wegebesserung — ein Notstand unserer Wirtschaft.

Eine amerikanische Stimme für Mithilfe der U. S. A. zur Lösung der Weltkrise

Washington, 23. Februar. (R.) Aus Anlaß des 199. Geburtstages von George Washington und in Vorbereitung für die geplante großangelegte und die ganze Nation umfassende 200 Jahresfeier im nächsten Jahr fand heute im Repräsentantenhaus eine Gedächtnisfeier statt, der auch der deutsche Botschafter Dr. von Prittwitz und Gaffron beiwohnte. In längerer Rede rühmte der 70jährige Abgeordnete Beck-Pennsylvanien die staatsmännischen Fähigkeiten Washingtons und erklärte, der große erste Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika sei zwar gegen Bündnisse mit fremden Mächten eingetreten, aber angesichts der gegenwärtigen Lähmung des Wirtschaftslebens aller Völker würde er nicht untätig beiseite stehen, sondern das amerikanische Volk zur Mitarbeit an der Lösung der Weltkrise auffordern. „Unabhängigkeit, nicht aber egoistische Isolierung" bezeichnete der Redner als die richtige Politik für die von Washington geschaffene Union.

Die Transozeanflieger in Rom

Begeisterter Empfang

Aus Rom wird gemeldet:

Rom hatte sich zum Empfang der Transozeanflieger festlich geschmückt. Fahnen und Teppiche hingen aus allen Fenstern, Plakate an allen Mauern, an Omnibussen und Straßenbahnen verkündeten in Riesenlettern den Ruhm der Flieger. Autokarren mit singenden Jungfaszisten fuhren seit den frühesten Morgenstunden durch die Stadt. Das regnerische Wetter hatte zwar die Begeisterung der römischen Bevölkerung stark gedämpft, dennoch drängten sich riesige Menschenmassen vor dem Bahnhof hinter den absperrenden Truppenkordons. In dem Bahnhofsgebäude hatten sich zur Begrüßung der heimkehrenden Ozeanflieger alle Minister mit Mussolini an der Spitze, das diplomatische Korps, zahlreiche hohe Offiziere und faszistische Würdenträger eingefunden.

Kurz nach 19 Uhr lief der Salonzug aus Genua ein. Mussolini umarmte und küßte den aussteigenden General Balbo, während die Militärkapelle die Königshymne und den Faszistenmarsch intonierte. Dann bewegte sich die unendlich lange Reihe der offenen Autos durch die taghell illuminierte Stadt, vorbei an der begeistert tobenden Volksmenge, die trotz des wolkenbruchartigen Regens ausgeharrt hatte. Auf der Plaza Colonna mußte sich Balbo, immer wieder von der beifallsrasenden Menge herausgerufen, samt seinen Begleitern auf dem Balkon des Pressehauses zeigen.

Dann wurden die Ozeanflieger von dem König und Mussolini in besonderer Audienz empfangen. Am Nachmittag wurde Balbo auf dem Kapitol feierlich die Ehrenbürger-Urkunde der Stadt Rom überreicht. Der Luftfahrtminister ist neben Mussolini der populärste Mann in Italien. Seine Rückkehr nach Rom kam einem Triumphzug gleich, wie ihn sonst nur berühmte Heerführer nach siegreich beendetem Krieg erlebt haben mögen.

Gandhis Besprechungen

London, 23. Februar. (R.) In Britisch-Indien sollen die Besprechungen zwischen dem Vizekönig, dem obersten englischen Verwaltungsbeamten und dem indischen Führer Gandhi am Donnerstag fortgesetzt werden. Gandhi hatte in den letzten Tagen zahlreiche Besprechungen mit den Führern der indischen Nationalbewegung.

Hinter dem Rücken

Die Pariser Einigungskonferenz

Wie die Abrüstung wirklich aussieht

(Telegramm unserer Berliner Redaktion)

P. R. **Berlin,** 24. Februar.

Die englisch-französischen Flottenverhandlungen in Paris finden das begreifliche Interesse der deutschen öffentlichen Meinung. Es war ja vorauszusehen, daß ein großer Teil der Mächte versuchen würde, vor der Abrüstungskonferenz gewisse Bindungen zu schaffen, um den deutschen Wünschen einen Damm entgegenzustellen. Trotzdem kommt die bevorstehende Einigung zwischen Frankreich und England einigermaßen überraschend, um so mehr, als auch Italien nicht unbeteiligt ist. London war gestern überrascht über die Abreise des Außenministers Henderson und des ersten Lords der Admiralität Alexander nach Paris. Diese plötzliche Abreise kann und wird nur das bedeuten, daß die Verhandlungen in Paris in ein endgültiges Stadium getreten sind und die Anwesenheit des englischen Außenministers notwendig machen.

Das Kompromiß mit Italien soll auf der Basis erzielt worden sein, daß Frankreichs Uebergewicht an modernen Schiffseinheiten nur 150 000 Tonnen betragen soll, während Frankreichs Delegierte seinerzeit auf der Londoner Flottenkonferenz 244 000 Tonnen Vorsprung beantragt hatten. Die französische Regierung hat der englischen Regierung Konzessionen in der U-Boot-Frage gemacht und ist von ihrer ursprünglichen Forderung von 98 000 auf 60 000 Tonnen heruntergegangen. Im übrigen scheint England das französische Entgegenkommen wieder nur dadurch erkauft zu haben, daß es für die gemachten Konzessionen Kompensationen für die militärischen Rüstungen auf dem Lande zugesichert hat. Mit anderen Worten, England soll Frankreich auf der Abrüstungskonferenz behilflich sein, seine Riesenrüstungen und vor allem den Vorsprung vor Deutschland im vollsten Umfange aufrechtzuerhalten.

Die englischen Forderungen bei den Pariser Flottenverhandlungen

Paris, 24. Februar. (R.) Die englischen Forderungen bei den Flottenverhandlungen in Paris charakterisiert der Außenpolitiker des **„Echo de Paris"** wie folgt: Man habe von Frankreich verlangt, es solle sein 1922 vom Parlament gebilligtes Flottenbauprogramm von 805 000 Tonnen auf 640 000 Tonnen herabsetzen. In Wirklichkeit sei die Herabsetzung noch beträchtlicher, denn die englische Admiralität wolle sogar eine Herabsetzung auf 620 000 Tonnen. Die Differenz von 20 000 Tonnen betreffe das Unterseeboot-Bauprogramm (die französische Unterseebootswaffe werde bei den Verhandlungen besonders in Mitleidenschaft gezogen) und das Torpedoboots-Bauprogramm. Ein weiterer Punkt der Diskussion betreffen den 23 000 Tonnen-Kreuzer, den man französischerseits als ersten einer neuen Serie in Bau nehmen wolle, um mit dem Bau der Ersatzpreußen in Deutschland Schritt zu halten. Die Engländer wollten, daß Frankreich sich auch gegenüber der Ersatzpreußen mit seinen alten, viel zu langsam fahrenden und seinen viel zu wenig gepanzerten neuen kleinen Kreuzern begnüge. Auch politische Schwierigkeiten seien vorhanden. Falls Italien sich weigern würde, Frankreich einen Vorsprung von 150 000 Tonnen zuzuerkennen, wie es in dem französisch-englischen Kompromiß ursprünglich ins Auge gefaßt worden sei, müsse Frankreich sich unbedingt die Möglichkeit vorbehalten, dem Londoner Seeabrüstungsabkommen nur bei Einfügung einer Schutzklausel beizutreten, die es ihm erlaube, nötigenfalls den gewünschten Vorsprung seiner Flotte gegenüber der Flotte seines Nachbarlandes zu wahren. Außerdem wolle die französische Regierung, daß das englisch-französische Flottenabkommen integrierender Bestandteil eines französisch-englischen Abkommens werde, das für die ganze Abrüstungskonferenz überhaupt gelten solle. London bringe diesen verschiedenen Forderungen eine gewisse Abneigung entgegen. — „Petit Parisien" erklärt, französischerseits sei man geneigt, in der Frage der Tonnageziffer bei den Unterseebooten, die die Engländer besonders beschäftige (man könnte die französische Unterseebootstonnage auf die französische Torpedoboottonnage verteilen), nachzugeben, wenn gewisse beträchtliche Kompensationen auf anderen Gebieten der Abrüstung und auf dem Gebiete der Politik englischerseits als Gegenleistung angeboten werden würden.

Die englisch-französischen Flottenverhandlungen im entscheidenden Stadium

London, 24. Februar. (R.) Die Morgenpresse berichtet ausführlich über die Pariser Flottenverhandlungen. Eine Reutermeldung aus Paris erwähnt die Möglichkeit, daß der Außenminister Henderson und der erste Lord der Admiralität Alexander im Falle des Erfolges ihrer Pariser Mission nach Rom weiterreisen würden, um Italiens Beitritt zum Londoner Flottenvertrag zu gewinnen. In amtlichen Kreisen in Paris besteht nach der gleichen Meldung einige Neigung zum Optimismus, wenn auch keine ausdrückliche Erklärung in diesem Sinne abgegeben worden ist. In diplomatischen und politischen Kreisen hat die unerwartete Ankunft der britischen Minister in Paris völlig Verblüffung erregt. Man ist sich klar darüber, daß die Flottenverhandlungen, die seit April v. J. im Gange waren, jetzt in ein entscheidendes Stadium getreten sind. Die Erörterung vom gestrigen Abend hat noch zu keiner Entscheidung geführt, aber heute wird eine lange Sitzung abgehalten werden, und Henderson und Alexander sollen ihr hoffnungsvoll entgegensehen.

Der Pariser Korrespondent der **„Times"** meldet über die Einzelheiten der bisherigen Verhandlungen: Es verlautet, daß die Frankreich gegenüber von Craigie gemachten detaillierten Vorschläge die Streichung von 10 000 Tonnen-Kreuzern und von U-Booten durch Frankreich einschließen. Der Wert der auf der Washingtoner Konferenz angegebenen ungeschützten oder leichtgepanzerten 10 000 Tonnen-Kreuzer, die Frankreich zum Rückgrat seiner Nachkriegsflotte gemacht hat, wird von den Sachverständigen bereits als zweifelhaft angesehen. An U-Booten besitzt Frankreich eine Tonnage von 77 000 Tonnen, die sich infolge seines jetzigen Bauprogramms im Jahre 1936 auf 97 000 Tonnen erhöht haben würden. Die britischen Vorschläge sollen eine wesentliche Verminderung der U-Boot-Tonnage und als Entschädigung eine größere Tonnage von Zerstörern umfassen; aber die bisherigen Zugeständnisse Frankreichs würden die britische Admiralität zwingen, gewisse Fahrzeuge über die vertragsmäßige Altersgrenze hinaus im Dienst zu behalten. Bevor diese Schwierigkeit nicht beseitigt ist, kann der Abschluß einer Vereinbarung nicht erfolgen.

Die Pariser Agrarkonferenz

P. R. **Berlin,** 24. Februar.

Im berühmten Uhrensaal des Quai d'Orsay ist gestern mittag die europäische Agrarkonferenz eröffnet worden, die im gewissen Sinne eine Fortsetzung der Agrarkonferenzen von Sinaia, Bukarest und Warschau ist, jedoch auf das ganze, bei den Genfer paneuropäischen Verhandlungen gebildete Europakomitee ausgedehnt worden ist. Von den 27 dem Europakomitee angehörenden Regierungen waren 24 vertreten, d. h. alle europäischen Regierungen mit Ausnahme von Litauen, Portugal und Albanien. Die deutsche Regierung war durch den früheren Reichsernährungsminister Hermes vertreten. Briand, der die Konferenz eröffnete, gab in seiner Begrüßungsrede der Freude darüber Ausdruck, daß die europäischen Regierungen vollzählig der Einladung zur Konferenz gefolgt sind. Die Solidarität werde nunmehr die Probe zu bestehen haben, da das erste Problem, das das europäische Studienkomitee auf seine Tagesordnung gesetzt habe, nun in praktischer Lösung behandelt werden solle. Wenn es sich auch nur um ein begrenztes Problem wie die Unterbringung der Ernteüberschüsse in Mittel- und Osteuropa handle, so gehe doch seine Bedeutung über das wirtschaftliche Gebiet weit hinaus. Es handle sich darum, einen bedeutenden Teil Europas den politischen und wirtschaftlichen Wirkungen einer Wirtschaftskrise zu entziehen. Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde der französische Unterstaatssekretär Poncet gewählt.

Briands Hoffnungen, die europäische Solidarität auf diesem Wege zu festigen, werden gerade im Hinblick darauf, daß sozusagen hinter dem Rücken Deutschlands eine Einigung in der Abrüstungsfrage erzielt worden ist, in deutschen politischen Kreisen keinen großen Eindruck machen können. Die Solidarität der europäischen Staaten denkt man sich in Berlin ganz anders, als dies auf den Agrarkonferenzen von Bukarest und Sinaia zutage trat.

Weltluftverkehr heute und morgen

Von Hermann S. Burg.

Nachdem eben in München eine internationale Luftverkehrskonferenz mit den Vertretern der deutschen, österreichischen und italienischen Luftfahrtbehörden als Hauptbeteiligten getagt hat, trat am 19. Januar in Berlin die Internationale Flugplankonferenz unter Beteiligung aller am Luftverkehr interessierten europäischen Länder zusammen. Die Berliner Konferenz ist eine schon traditionell gewordene Veranstaltung, auf der alljährlich das internationale Luftkursbuch mit seinen wichtigsten Anschlüssen festgelegt wird, wo aber auch Tariffragen, Fragen der Wirtschaftlichkeit im Luftverkehr, der Post-, Gepäck- und Frachtbeförderung behandelt werden. Die Münchener Konferenz diente in erster Linie der Ausgestaltung des mitteleuropäischen Luftnetzes und seiner flugtechnischen Sicherung durch Fortentwicklung des Wetter- und Funkdienstes. Entscheidende Beschlüsse konnten nicht gefaßt, wichtige Neuerungen nicht in Angriff genommen werden, weil die Luftfahrt stärker als irgendein anderer Wirtschaftszweig unter dem allgemein lähmenden Druck der Wirtschaftskrise steht.

Diese Tatsache wird man überhaupt berücksichtigen müssen, wenn man sich mit den Entwicklungsmöglichkeiten des Luftverkehrs beschäftigt. Betrachtet man die teilweise recht stattlichen Luftkursbücher der verschiedenen großen Luftfahrtgesellschaften, die umfangreiche Organisation der Staatlichen Luftpost- und der privaten Frachtbeförderung auf dem Luftwege, die Tatsache, daß man heute einen Brief oder ein Eilpaket von Berlin nach Sidney nahezu fahrplanmäßig exakt per Flugzeug befördern lassen kann, hört man gelegentlich von den Internationalen Luftfahrt- und Luftrechtskonferenzen — so bleibt man sich oft viel zu wenig der Tatsache bewußt, daß die Luftfahrt — auch die scheinbar schon ganz reguläre Verkehrsluftfahrt — sich noch durchaus im Stadium der Eroberung ihres eigentlichen und endgültigen Wirkungsbereiches befindet.

Noch sind zu erringen: vor allen Dingen wirtschaftliche Selbständigkeit und weiterhin Rentabilität; damit zugleich aber auch hundertprozentige Regelmäßigkeit des Flugbetriebes bei gleichzeitiger Steigerung des Sicherheitskoeffizienten hinsichtlich der Fluggäste und der planmäßigen Erreichung jedes Flugzieles; ferner Klarheit über den günstigsten Flugbereich (Wirtschaftlichkeit der Streckenlängen) und endlich als letztes und fernstes Ziel: internationale Gemeinschaftsarbeit ohne unwirtschaftlich wirkende Konkurrenz, sowie eine international wenigstens einigermaßen gleichmäßige Bedingungen schaffende Luftfahrtgesetzgebung, ohne die die zwangsläufig über die Landesgrenzen hinausgehende Luftfahrt eines jeden Landes ständig in Gefahr ist, „in der Luft zu hängen" (wenn dieser etwas unpassende Vergleich hier erlaubt ist).

Von der Größe der in diesen Forderungen liegenden Aufgaben wird man sich ein richtiges Bild erst machen können, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die internationalen Bemühungen um die Bewältigung dieser Aufgaben ebenso alt, ja eigentlich älter sind als der Glaube an die Möglichkeit des Luftverkehrs überhaupt. Die Internationale Luftfahrtvereinigung, die von Vertretern Deutschlands, Belgiens, Spaniens, Frankreichs, Englands, Italiens, der Schweiz und der USA. schon am 14. Oktober 1905 gegrün-

det wurde, hat sich diese ganzen zweieinhalb Jahrzehnte hindurch mit internationalen Organisationsfragen der Luftfahrt, mit den Problemen des Luftrechtes usw. befaßt, und daneben besteht das Internationale Luftrechtkomitee gleichfalls schon seit 20 Jahren. Es war zunächst eine private Vereinigung von Juristen aller Länder und sah seine Aufgabe in der Schaffung eines internationalen Luftgesetzbuches. Der Weltkrieg und die Nachkriegszeit zerrissen alle Fäden der Entwicklung, ohne daß sie doch durch die früheren Flugmächte auf die Dauer in dem Sinne beeinflußt werden konnte, wie es Frankreich in dem Pariser Luftverkehrsabkommen vom 13. Oktober 1919 versucht hatte. Der italienische Minister Giannini charakterisierte während der vierten Luftfahrtkonferenz in Rom im Jahre 1927 dieses Abkommen dahin, daß es zu einer vollständigen Zersplitterung innerhalb der europäischen Staaten geführt habe, wobei jedoch festgestellt werden muß, daß die Mehrzahl der neutralen Staaten seinerzeit im Hinblick auf die feindselige Einseitigkeit dieses Abkommens sich ihm nicht angeschlossen hat.

Die Dinge haben sich inzwischen gewandelt. Aber man könnte nicht sagen, daß sie sich in jedem Sinne zum Besseren gewandt hätten. Wenn noch in jüngster Zeit ein Minister von der grundsätzlich verständigungsfreundlichen Einstellung, wie der ehemalige französische Außenminister Herriot, das Märchen von der Kriegsverwendbarkeit deutscher Verkehrsflugzeuge wieder aufzuwärmen sich getraute, so kann man sich ein Bild davon machen, wie es in den Köpfen der ausgesprochenen Chauvinisten der verschiedenen Staaten aussehen muß. Es ist ja das Charakteristikum der Zeit, daß zwischen den Abrüstungskonferenzen nichts häufiger und eindringlicher erörtert wird, als die drohende Zukunftskriegsgefahr.

Diese Psychose bedeutet die schlimmste Bedrohung einer gesunden und organischen Weiterentwicklung des Weltluftverkehrs auf internationaler Basis. So lange jede neu eingerichtete Flugstrecke nach ihrer etwaigen strategischen Bedeutung, jeder neue Flugzeugtyp nach seiner möglichen militärischen Verwendbarkeit beurteilt wird, kann der Weltluftverkehr von morgen nicht das werden, wozu ihn die Generation von heute machen möchte.

Weniger prahlen!

Im „Kurjer Warszawski“ äußert sich ein Mitarbeiter über die wenig zweckmäßige Art und Weise, wie für das Reisen in Polen geworben wird.

„Auf allen Bahnhöfen in Polen, selbst auf den allerkleinsten,“ so schreibt der Verfasser, „sind Werbeplakate angeklebt. Schauen wir uns einmal an, wie diese „Bilder“ unser Land darstellen, wie sie es dem Ausländer vorführen:

Gottesdienst in Lowicz. Ein hübsches „gestreiftes“ Mädchen. Barfuß! Der Ausländer sieht dieses Plakat, nach dem er sich eine Ansicht über polnische Verhältnisse bilden soll — und sofort wird er dieses barfüßige Land nicht ernst nehmen ...

Oberschlesien. Ein Bergmann von riesigen Körpermaßen mit einem Vogelkopf. Im Hintergrund ein Gebäude, das an phantastische Dekorationen in Hollywood erinnert. Kann man sich Oberschlesien ohne die charakteristischen Silhouetten der Hochöfen, Fördertürme und Schachtanlagen vorstellen? Davon finden wir aber auf den erwähnten Plakaten nichts, obgleich sie den Lebensinhalt jenes Gebietes bilden!

Das polnische Gebirge. Also, natürlich, ein Gurale. Ein Gurale — hm — mit Zöpfchen. Man trug sie wohl früher, jetzt aber längst nicht mehr. Der verwunderte Engländer, Franzose oder Amerikaner fragt sich: Ist das nicht „Falkenauge“? So gibt es in Polen Indianer?

Sollte man nicht diese Plakate, für die man so viel Geld ausgegeben hat und die ihre Aufgabe nicht immer erfüllen, einer genauen Nachprüfung unterziehen? Wohl besitzen wir eine Reihe Werbeplakate von hohem künstlerischen Wert, wir haben aber auch eine ungezählte Menge kitschiger Anschlagzettel, die die Wände der Bahnhöfe und anderer Gebäude verschandeln. Vor allem stört und ärgert an diesen Plakaten das unaufrichtige, unsachliche, verlogene Verhältnis zu dem wirklichen Polen. Das, was uns schon in den Kinos in Wut versetzt, beleidigt uns auch hier: überflüssiges Pathos, mierige Rührseligkeit, dumme Anmaßung. Das schlimmste aber ist — der Bluff! Der Ausländer, der nach Polen kommt — bitte daran zu denken! —, verlangt nicht Bluff, sondern Wahrheit. Einerlei. ob diese Wahrheit nun Rohnaphtha, Wolle oder Holz, Borsten oder Kohle, Eier, Schweinehälften oder vielleicht sogar polnische Folklore heißt!

Lassen wir bei der Propaganda das Prahlen bleiben, und wir werden bedeutend besser fahren.“

Ein Gerücht

Der „Wieczór Warszawski“ bringt das Gerücht, daß die Regierung die Absicht haben solle, die Beamtengehälter vom 1. April um 5 Prozent herabzusetzen. Die letzte Entscheidung werde von den Einnahmen und Ausgaben des Fiskus für den Monat Februar abhängen, worüber eine Rechnungslegung Anfang März erscheinen werde.

Oberschlesien — Gdingen

„Diplomatie“ mit Einbruchswerkzeug

Sowjetrussischer Briefträger. — Um den deutsch-polnischen Handelsvertrag. — Die Arbeitslosigkeit in Polen

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 24. Februar.

Wie die Regierungspresse mitteilt, hat sich das französische Konsortium, daß die Konzession für die Beendigung des Baus und der Exploitierung der Eisenbahn Oberschlesien — Gdingen erhalten wird, mit der polnischen Landeswirtschaftsbank verständigt, um in der nächsten Zeit eine gemeinsame französisch-polnische Aktiengesellschaft zu schaffen. Diese Gesellschaft würde sich dann als juristische Person bei der polnischen Regierung um die vorher genannte Konzession bewerben. Dem französischen Konsortium gehören bekanntlich an: Die Bank der Pays du Nord und Schneider u. Co.

Ein vorbildlicher Briefträger

Warschau, 24. Februar.

Der „Expreß Poranny“ teilt mit, daß sich in der Nacht vom 16. zum 17. Februar in das Amtszimmer des zurzeit gerade abwesenden polnischen Gesandten in Moskau, Patek, ein Agent der G. P. U., als Briefträger verkleidet, mit einem Nachschlüssel einschleichen wollte. Sogar die Uniform des Agenten hätte von der G. P. U. gestammt, überdies sei bei dem nächtlichen Eindringling auch eine Legitimation gefunden worden, die seine Zugehörigkeit zur G. P. U. erwiesen habe. Höhnisch nennt der „Expreß Poranny“ diesen nächtlichen Gast einen geradezu vorbildlichen Briefträger. Jedenfalls habe man es hier mit neuen, der bourgeoisistischen Moral noch unbekannten diplomatischen Methoden zu tun, die mit Nachschlüsseln, Dietrichen und Eindringen in exterritoriale Gebäude arbeiteten.

Der Handelsvertrag mit Deutschland

Warschau, 24. Februar.

Der Außenausschuß des Sejm wird Mittwoch zusammentreten, um die Diskussion über den zu ratifizierenden Handelsvertrag mit Deutschland durchzuführen. Bekanntlich ist dieses Handelsabkommen mit 8 Anlagen und einem Schlußprotokoll in Warschau am 17. März vorigen Jahres unterzeichnet worden. Im Verlauf der Aussprache wird auch Außenminister Zaleski das Wort nehmen. Vor dem Plenum des Sejm dürfte der gleiche Gegenstand schon nächste Woche behandelt werden.

Morgen nachmittag tritt wieder der Sejm zusammen. Auf der Tagesordnung befindet sich u. a. die Frage einer Erhöhung der Spielkartensteuer.

Der deutsche Gesandte

Warschau, 24. Februar.

Die Ernennung des neuen deutschen Gesandten in Warschau, Adolf von Moltke, ist schon vom Reichspräsidenten vollzogen worden. Herr von Moltke wird, von seiner Gemahlin begleitet, am Morgen des 27. Februar hier eintreffen.

Die Arbeitslosigkeit

Warschau, 24. Februar.

Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ stellt fest, daß am 14. d. Mts. die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Polen auf 356 612 angewachsen ist. Hiervon entfallen auf ungelernte Arbeiter 183 593, auf Bauarbeiter 39 880, Textilarbeiter 35 155, Metallarbeiter 27 118, geistige Arbeiter 24 310, Grubenarbeiter 9626 und Hüttenarbeiter 2203. Im Vergleich zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres hat die Erwerbslosigkeit um 29 Prozent zugenommen. Besonders stark sei aber die Zunahme bei den Hüttenarbeitern, wo sie 89 Prozent betrage, bei den Metallarbeitern um 77 Prozent und geistigen Arbeitern um 60 Prozent. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in der Hütten- und Metallindustrie, so meint das nationaldemokratische Blatt, weist auf einen starken Rückgang im Konsum von Kohle und Eisen, dieser maßgebenden Verbrauchsmittel, hin. Die Vermehrung der Arbeitslosigkeit unter den geistigen Angestellten um 60 Prozent bedeute übrigens auch eine starke Einschränkung der Umsätze im Handel.

Die Ursache nicht entdeckt

Das Grubenunglück bei Aachen

Kommunistische Agitation

Die Bergungsarbeiten auf Grube „Eschweiler Reserve“ wurden Sonntag nacht wieder aufgenommen, da noch ein Mann als vermißt gemeldet worden war. Nach mehrstündigen Nachforschungen fanden die Mannschaften unter Gesteinstrümmern den Vermißten, der furchtbar zugerichtet war. Damit erhöht sich die Zahl der Toten auf 32.

Auf Anfrage beim Krankenhaus St. Antonius in Eschweiler wurde mitgeteilt, daß noch drei Schwerverletzte und zehn leichter Verletzte sich dort befinden. Die Aerzte hoffen, daß man die Schwerverletzten am Leben erhalten kann. Die Toten, die bis auf einen identifiziert werden konnten, sind inzwischen in dem ehemaligen Speisesaal der Zeche „Reserve“ aufgebahrt worden. Die Räume sind schwarz ausgeschlagen und mit Tannengrün und Blattpflanzen würdig geschmückt. Vor dem Eingang harren zahlreiche in Schwarz gekleidete Männer und Frauen. Es sind Angehörige, die einzeln in die Leichenkammer geführt werden, wo sich an den Särgen herzzerreißende Szenen abspielen. Die Beerdigung der Opfer soll am Dienstag vormittag stattfinden.

Die unmittelbare Ursache des Unglücks konnte noch nicht einwandfrei festgelegt werden. Die Kommunisten hatten am Sonntag in Alsdorf zu einer Protestversammlung aufgerufen. Es wurde die Forderung aufgestellt, in allen Gruben Kontrollausschüsse zu bilden unter Führung von örtlichen Betriebsräten. Diese Ausschüsse sollen über die Sicherheit in den Gruben wachen. Im übrigen hatte die kommunistische Agitation bisher keinerlei Erfolg.

Auch diesmal wird, wie bei dem Alsdorfer Grubenunglück, die Behauptung aufgestellt, daß die Katastrophe durch unvorschriftsmäßige Behandlung von Sprengstoffen herbeigeführt sein soll.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß in der Grube zahlreiche, sehr junge Leute unter zwanzig Jahren beschäftigt sind, die noch keine genügende bergmännische Erfahrung haben, und es deshalb sehr wohl möglich ist, daß die Sicherheitsvorschriften nicht genügend beachtet worden sind.

Die Grubensicherheitskommission hat gestern folgendes Communiqué herausgegeben:

Der Unfallausschuß der Grubensicherheitskommission Bonn hat am 21. und 22. Februar gemeinsam mit der Bergbehörde unter Hinzuziehung eines Sachverständigen der Versuchsstrecke Dortmund-Herne die von der Explosion betroffenen Abteilungen der Grube „Eschweiler Reserve“ befahren und anschließend über Ursache und Hergang des Unglücks eingehend berichtet. Es sind 32 Tode und 9 Verletzte, darunter 2 Schwerverletzte, zu beklagen. Die tödlich Verunglückten weisen zum Teil erhebliche Verbrennungen auf, während die Verletzten hauptsächlich leichtere Gasvergiftungen erlitten haben. Von der Explosion sind betroffen: Die Baue der Flöze Vornegel und Groschkohl im dritten südlichen Abteilungsquerschlag der 600 Meter-Sohle, Steigerrevier 12.

Die Explosion ist im wesentlichen eine Kohlenstaubexplosion. Ob und in welchem Umfange bei ihrer Entstehung Schlagwetter mitgewirkt haben, bedarf noch der weiteren Untersuchung. Der Herd der Explosion liegt wahrscheinlich in der Bergezufuhrstrecke des Flözes Groschkohl auf der 600 Meter-Sohle. Die beiden einzigen Benzinsicherheitslampen des Reviers, die der Steiger und der Haumeister geführt haben, sind gefunden und werden noch untersucht. Sie kommen aller Wahrscheinlichkeit nach als Ursache des Unglücks nicht in Frage. Maschinen irgendwelcher Art können die Explosion nicht verursacht haben. Auf Grund der bisherigen Ermittlungen an Ort und Stelle wird vermutet, daß die Explosion durch Sprengstoff eingeleitet worden ist. Hierüber müßten noch weitere Untersuchungen angestellt werden.

Der Unfallausschuß wird morgen früh noch einmal in den Unglücksschacht einfahren.



Das Attentat auf König Achmed Zogu.
Major Toppolaj,
der erschossene Flügeladjutant des Königs von Albanien; seine große Aehnlichkeit mit Achmed Zogu verwirrte die Attentäter, so daß diese die dem König zugedachten Schüsse auf den Adjutanten abgefeuert haben. So rettete der Doppelgänger das Leben seines Herrn.

Der Daitsch

Horoskop oder So siehst du aus!

Auf die ausgefallensten Dinge kommen die Leute. So zieht von Haus zu Haus ein Prophet, der die Zukunft „weissagt“. Der Mann hält auf dem Hofe erst eine Ansprache, und dann gibt er (auf Wunsch auch in deutscher Sprache) gedruckte Gutachten über Charakter und Zukunft ab. Der Zettel kostet 0.20 zł. Wer sich ausführlicher unterrichten will über das, was ihm noch blüht, der kann für 0.50 zł erfahren, welch edle Seele ihn bewohnt. Der Wissenschaft halber haben wir uns auch so ein „Horoskop“ gekauft, und nun wird uns zu unserer Freude — die wir auch unseren Lesern nicht vorenthalten wollen — folgendes verraten:

Der Krebs. Nr. 10. Jupiter.

Sie erweisen gern Dienste, werden aber schlecht belohnt. Ein geerter Ehrgeiz und der edie gedanke, Ihnen Geschäiten Ehre zu machen beherschen innen Ihre Leidenschaften, undziehen sie öfters Vergen nügen, zuwelchen sie aufgevordert werden.

Seien sie ruhig und leben sie still. Die gluckliche Erfüllung Ihrer Wunsche Siewerden ein volkommenes Glück genissen und sie werden einen zortgeilhaften Tausch dabei finden Huten sie sich aber vor einer Person welche sie zu hintergehen sucht, es wird Ihnen jedoch gelingen, sie zu entdecken, und es wird sieh alsdann Gelegenheit zeigen in allen. Ihren Unternehmungen Gelingen zu finden.

Man wird sie zu ferner Reise ausfördern welche Ihnen eine angenehme Nachricht bringt, aber sie werden sich mit der Zeit darüber trösten. und die Umänderung fällt zu Ihren Vergnügen aus.

Werden Sie Leben 88 Jahre.
Haben Sie Glück in Lotterie.
♣ 71, 73, 6, 3, 9.

Jenseits der Rampe

Lustige Theateranekdoten

Dem seinerzeit sehr beliebten Komiker Beckmann klagte einmal ein verkanntes Genie seine Not:

„Ich werde kein Schauspieler mehr, wenn ich wieder auf die Welt komme.“

Mit ernsthafter Miene bemerkte Beckmann:

„Ich glaube, Sie sind schon wieder auf die Welt gekommen!“

*

Der berühmte Schauspieler Talma saß eines Tages an einem See in der Bretagne und angelte. Plötzlich trat ein Mann des Gesetzes aus dem Gebüsch hervor und schnauzte:

„Mit welchem Recht angeln Sie hier?“

Der große Mime sah den Störenfried von oben bis unten an und sagte pathetisch:

„Mit dem Recht des erhabenen genialen Geistes über die niedrige, feige Kreatur.“

Der Feldhüter sank zusammen und erwiderte höflich:

„Entschuldigen Sie vielmals, aber man kann schließlich nicht alle neuen Gesetze kennen.“

*

Voltaire wohnte einst einer Theateraufführung bei, die ihn in keiner Weise befriedigte. Als man ihn fragte, warum er denn seinem Mißfallen nicht Ausdruck gegeben hätte, sagte er:

„Kann man pfeifen, wenn man gähnt?“

*

Die bekannte italienische Tragödin Eleonore Duse kam auf einer Gastspielreise durch Deutschland auch nach Leipzig. Bei der ersten Probe stellte sie sich den deutschen Kollegen vor, unter anderen auch der Schauspielerin Heese. Die Duse sprach nur gebrochen deutsch und machte sich mit den Worten bekannt:

„Ick Duse heeße.“

Zum großen Gaudium der Umstehenden sagte die Heese in unverfälscht sächsischem Dialekt:

„Ick du Se Heese heeßen.“

*

Ein junger Dichter reichte dem Intendanten des Lessingtheaters, Oskar Blumenthal, eine Tragödie ein. Er erhielt sie zurück mit den Worten:

„Man soll von seinem Mitmenschen nicht immer das Schlechteste annehmen.“

*

Bei dem Direktor des Berliner Metropoltheaters Max Schulz hatte sich eine Tänzerin für Solopartien beworben. Sie kam zum Vortanzen. Als Schultz mit seinem Urteil zögerte, rief die junge Dame aus:

„Herr Direktor, Sie sehen Ihren Vorteil nicht; ich habe ein Vermögen in den Beinen.“

„Zugegeben,“ meinte der Direktor trocken, „aber in falschem Gelde.“

Zeitschriftenschau

Kosmos, Handweiser für Naturfreunde. Jedesmal, wenn ein neues Kosmosheft (Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart) kommt, ist man über die Fülle von Wundern und Rätseln, die uns alltäglich umgeben und die uns die wertvollen Monatshefte der Kosmos-Gesellschaft der Naturfreunde immer wieder in neuer, besonderer Beleuchtung zeigen, erstaunt. So spricht Dr. A. Koelsch über elektrische und strahlende Vorgänge in der Nähe lebender Körper, einen Fragenkomplex, der die Mediziner und Physiker unserer Tage lebhaft beschäftigt, während noch vor wenigen Jahrzehnten exakte Wissenschaft von derartigen Einflüssen nichts wissen wollte. Ueber unsere Vogelwelt und ihre Veränderungen in den letzten Jahren weiß Kurt Floericke Erstaunliches zu berichten. Vom Leben der Biber in dem Schutzgebiet an der Elbe bringt Alfred Hilprecht interessante Bilder. Die schönen Farbtafeln, die der „Kosmos“ seit einigen Jahren neu aufgenommen hat. geben Ausgrabungsfunde vom Königspalast in Knossos auf Kreta wieder.

Posener Tageblatt

Aus Stadt und Land

Nr. 45
Mittwoch, den 25. Februar 1931

Bombenanschlag bei Fabianowo bleibt unaufgeklärt

em. **Posen, 23. Februar.** Für 8 Tage war der Prozeß wegen des Bombenanschlags bei Fabianowo unterbrochen worden, um die Strafakten von dem Militärgericht wegen des der Mittäterschaft verdächtigen Stępniak einzusehen. Heute wurde vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichtes die Verhandlung gegen den Arbeiter Stanislaus Bamstmann aus Wiry, Kreis Posen, wieder aufgenommen. Der als Zeuge vernommene Soldat Stępniak, der aus dem Militärgefängnis herbeigeführt worden war, gibt zwar zu, sich am Tage vor dem Bombenanschlag mit dem Angeklagten getroffen zu haben, bestreitet aber mit Entschiedenheit, ihm Bomben oder anderes Explosionsmaterial übergeben zu haben.

Der Staatsanwalt führt in seinem Plädoyer aus, daß der Angeklagte bestraft werden müsse, da die verschiedensten Motive die Schuld des Angeklagten erwiesen hätten. Insbesondere könne das Zusammentreffen des Angeklagten mit dem wegen Diebstahls von Explosionsstoffen verurteilten Stępniak am Tage vor der Tat nicht zufällig sein.

Das Gericht verkündete nach ½stündiger Beratung ein freisprechendes Urteil. Es begründet seinen Spruch damit, daß zwar sehr viele Umstände für die Schuld des Angeklagten sprächen, genügend Beweise aber für die Schuld des Angeklagten lägen nicht vor.

Somit bleibt der Bombenanschlag bei Fabianowo unaufgeklärt.

Hilfsaktion für die Arbeitslosen

Im Stadtverordnetensitzungssaal hat gestern die angekündigte Arbeitslosenkonferenz stattgefunden.

Die Beratungen eröffnete in Vertretung des Stadtpräsidenten Ratajski der Stadtrat Nowicki, der den Versammelten zunächst einen statistischen Überblick über die Arbeitslosigkeit in der Posener Wojewodschaft und der Stadt Posen selbst gab, die nach den letzten Angaben über 10 000 Arbeitslose zählt. Die Verpflegung der hungernden Kinder besorgt der Wohltätigkeitsverein „Caritas" mit Unterstützung der städtischen Armendeputation. Auf diese Weise werden in Privathäusern etwa 1500 Kinder beköstigt.

Zweck der Versammlung war die Bildung eines Komitees, das sich mit einer Sammelaktion in den Häusern zu befassen hätte.

Nach dem Referat des Stadtrats Nowicki entspann sich eine Diskussion.

Prof. Dr. Gantkowski wies auf den Ernst der Stunde hin und betonte die Notwendigkeit schnellen Handelns. Er hält die Sammlung von Spenden für sehr dringlich. Die Regierungs- und Selbstverwaltungsbehörden müßten sich an die Beamten wenden, daß sie sich zu einer freiwilligen Besteuerung bereit erklären sollten. Die Sammlung in den Häusern könnte mit Hilfe der Armenräte und mit Unterstützung der gesamten Presse organisiert werden. Die gesammelten Gelder müßten aber nur in der Posener Gemeinde Verwendung finden. Es würde dem geplanten Zweck widersprechen, wenn man die Gelder den Zentralquellen zufließen lassen würde. Redner schloß mit dem Hinweis darauf, daß er als Vertreter des Polnischen Roten Kreuzes und der Ferienkolonien-Gesellschaft „Stella" im Namen dieser Organisationen, die sich auf dem Gebiete der sozialen Arbeit bereits bewährt hätten, ihre Unterstützung verspreche.

Es sprachen dann noch der Geistliche Putz, Direktor Wołkowski und der Rat Wąsowicz.

Dann wurde das vorgenannte Komitee gewählt, dem folgende Herren angehören: der Direktor des Büros „Stella", Wąsowicz, der Direktor der „Caritas", Geistlicher Wołkowski und Stadtrat Nowicki. Dieses Komitee beginnt seine Arbeiten schon mit dem heutigen Tage und wird sie nach Bedarf erweitern.

*

In Beantwortung des Aufrufs der Wojewodschaft zur Linderung der Arbeitslosennot haben die Militärbehörden mit der Ausgabe von Soldatenmittagen für unmündige Kinder von Arbeitslosen begonnen. Es werden 20—50 Mittage täglich verabfolgt. Diejenigen Arbeitslosen, die von dieser Hilfe Gebrauch machen wollen, müssen sich im Staatlichen Arbeitsvermittlungsamt zur Registrierung melden.

Abschlußfest der Haushaltungsschule in Janowitz

Am Sonntag, dem 8. Februar, fand in Janowitz das Abschlußfest der Haushaltungsschule statt. Trotzdem der Kursus noch nicht beendet war, hatten die jungen Mädchen doch schon eine Menge schöner Sachen angefertigt, die in dem großen Saale des Kaufhauses ausgestellt waren. Jedes junge Mädchen hatte einen Tisch für sich. Auf jedem lag eine selbst gearbeitete Decke, meistens aus Nesselstoff, mit ganz einfachem Muster, bunt gestickt, aber sehr wirkungsvoll. Der Nesselstoff spielte diesmal eine besondere Rolle, eine Anzahl Kleider war aus diesem praktischen Material angefertigt, sehr geschmackvoll und gefällig. Auch Bastarbeiten waren da, teils gewebt, teils geflochten, Schreibmappen, Täschchen und sonst allerlei nützliche Gegenstände. Ueberhaupt scheint es die Leiterin diesmal besonders darauf abgesehen zu haben, zu zeigen, wie man mit ganz einfachen Mitteln hübsche und praktische Sachen herstellen kann, was in dieser Zeit ja so wichtig ist, da die Geldknappheit nicht erlaubt, große Ausgaben zu machen. Auch hatten die jungen Mädchen gelernt, aus unmodernen getragenen Sachen wieder hübsche, der Mode entsprechende Kleider herzurichten. Das ist ganz besonders nötig, da ja die Mode sich sehr verändert hat und man auch auf dem Lande gern mit ihr Schritt halten möchte. Kleider aller Art konnte man sehen, vom langen, ärmellosen Ballkleid bis zum einfachen, aber doch sehr netten Hauskleid. Auch ein Strandanzug und sehr hübsche Sportkleider fehlten nicht. Die schöne bunte Wäsche, alle mit Handarbeiten verziert, in den Hamsterkasten zu legen, wird den jungen Mädchen gewiß besondere Freude machen. — Die Schülerinnen haben aber während ihres Aufenthalts in der Haushaltungsschule nicht nur an sich gedacht, sondern sie haben auch alle etwas angefertigt, um es den Ihrigen mitzubringen. Da waren Kissen verschiedenen Geschmacks und schöne bunte Schals und Tücher, mit denen die Mütter erfreut werden sollten. Die letzte Zeit des Aufenthalts der Schülerinnen in Janowitz soll noch mit praktischem Unterricht im Flicken und Stopfen ausgefüllt werden.

Man konnte hier sagen: Sollen Aug' und Herz sich laben, Muß der Magen auch was haben! Auf einem langen Tische prangten wunderschön verzierte Torten, außerdem verschiedene Teller mit kleinerem Gebäck, das alles aussah, als wäre es eben aus der ersten Konditorei gekommen. Die jungen Mädchen erzählten, mit wie viel Eifer und Freude sie bei der Verzierung der Torten gewesen wären und wie sie sich darauf freuten, nun ihre Kunstfertigkeit auch zu Hause ausprobieren zu können. Auch für das Abendessen waren verschiedene Leckerbissen hergerichtet: kalte Platten und Braten, Salate, Sülzen, Mayonnaisen und sehr appetitlich aussehende Brötchen.

Den Nachmittag über dauerte die Ausstellung, wobei Kaffee getrunken und Torte gegessen wurde. Um 7 Uhr begann der Festabend. Die jungen Mädchen hatten verschiedene Lieder gelernt. Sie sangen im Kanon und paßten sich darin der neuen Richtung an. Einige selbstverfaßte Gedichte folgten und dann zwei kleine Theaterstücke. Zwischen den beiden Theaterstücken wurde ein wunderhübscher Tanz der Teepuppen in selbstverfertigten Kostümen vorgeführt.

Der Fortbildungsschulverein hatte eine Vertretung entsandt. Frau Rhode sprach ihre Freude aus über die schönen Dinge, die sie bei der Ausstellung hatte betrachten können, dankte der Leiterin und den Lehrerinnen für ihren Fleiß und ihre Treue, grüßte die jungen Mädchen im Namen des Fortbildungsschulvereins und gab ihnen Wünsche für ihren Lebensweg mit. Am Schluß der Vorführungen wurde den beiden besten Schülerinnen eine Anerkennung für ihren Fleiß ausgesprochen und jeder ein Geschenk überreicht, das die Freunde der Anstalt zu diesem Zweck gespendet hatten.

Leider war dieser Kursus nicht voll besetzt. Die Schülerinnen waren aus den verschiedenen Gegenden unseres Landes hergekommen, teils aus Posen und Pommerellen, teils aus Kongreßpolen und Oberschlesien. Trotzdem sie aus den verschiedenen Verhältnissen stammten, hat es die Leiterin doch verstanden, aus ihnen eine Einheit zu schmieden, und man konnte es merken, daß die jungen Mädchen Liebe und Freundschaft verband.

So haben die Schülerinnen nicht nur etwas Praktisches für ihr Leben dort gelernt, sondern auch die Lebensauffassung bekommen, daß ernste Arbeit und gemeinsames Streben fest miteinander verbindet, und daß ein jeder lernen muß, Ecken und Kanten abzuschleifen, um in ein Ganzes hineinzupassen, das sich zu einem schönen Gebäude zusammenfügt, in dem man zufrieden und sicher wohnen kann.

Am Schlußfest von Janowitz beteiligt sich gern die ganze Bevölkerung der Umgegend, und wir wünschen, daß zu dem neuen Kursus sich recht viele junge Mädchen melden möchten, um dort etwas Tüchtiges zu lernen.

Kleine Posener Chronik

em. Am 22. d. Mts. ereignete sich frühmorgens um 9 Uhr in der Górna Wilda, Ecke Spadzista, ein **Unglücksfall**, der schwere Folgen haben konnte. Die dreijährige Irene Łosińska lief in einen sich in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen, der sie, ehe der Wagen halten konnte, ein ganzes Stück mitschleifte. Die unglückliche Mutter holte das Kind unter dem Wagen hervor und brachte es nach Hause. Wunderbarerweise hat das Kind nur leichte Verletzungen am Kopfe davongetragen.

Angeschossen. Gestern nachmittag wurde der 35jährige Stanislaus Grześkowiak von einem seiner Kollegen, der angetrunken war und mit einem Revolver hantierte, in den Rücken geschossen. Die Revolverkugel drang durch die Bauchhöhle in den rechten Fuß. Der Schwerverletzte brach besinnungslos zusammen. Er wurde in das Städtische Krankenhaus gebracht. Der leichtsinnige Täter wird hoffentlich der gerechten Strafe nicht entgehen.

Lebensmüde. Die im Restaurant „Palais Royal" beschäftigte 22jährige Marie Z. versuchte gestern nachmittag sich durch Zerschneiden des Pulses an der linken Hand mit einem Küchenmesser das Leben zu nehmen. Die Schwerverletzte wurde in das Städt. Krankenhaus gebracht.

Raubüberfall bei Posen

em. Kürzlich wurde der Kaufmann Daroszewski auf dem Wege vom Bahnhof Luban zu seiner Wohnung von drei Personen überfallen. Sie entrissen ihm 240 Zloty und ein Paket, in dem sich zwei Paar Schuhe befanden. Der eine Bandit bedrohte D. mit einem Revolver, der andere mit einem offenen Messer. Sie drohten ihm mit dem Tode, falls er Alarm schlagen würde. D. ging daraufhin auch ruhig nach Hause.

Schrimm

× Ein wackerer Knecht! Bei einem Landwirt Johann Marszalek in Świączyn stand ein Knecht namens Karlikowski in Diensten. Als der Herr eines Tages nicht zu Hause war, stahl ihm dieser wackere Diener Pferd, Wagen, einen Anzug und einen Mantel und verschwand.

Gnesen

× Am 22. überfielen vier Banditen gegen 7 Uhr abends den Müller Emil Sydow in Grabowo. Der gerade zu Besuch weilende Walter Schmidt aus Potrzymowo wurde von einem Banditen, der eine Maske trug, mit einem Beil an der Hand und durch einen Revolverschuß am Oberarm verletzt. Die Banditen stahlen 300 Zloty Bargeld, außerdem nahmen sie zwei Uhren mit Ketten und zwei Ringe mit.

Rakwitz

△ Die Firma Rolnik in unserer Nachbarstadt Grätz hat vor einiger Zeit infolge Unrentabilität ihre Liquidation beschlossen. Da das Defizit erheblich ist, müssen die Mitglieder die Haftsumme in Höhe von 500 zł pro Anteil zahlen. Es dürfte bei den jetzigen schlechten Preisen für landwirtschaftliche Produkte den Landwirten schwer fallen, diese Summe aufzubringen. Auch viele deutsche Besitzer der Grätzer Umgegend sind Mitglied der Genossenschaft gewesen.

△ Am 22. d. Mts. fand die Generalversammlung des hiesigen Landw. Vereins statt. Der Vorstand wurde mit kleinen Abänderungen wiedergewählt. Er setzt sich jetzt wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Gutsbesitzer Linke, Podgradowice, Stellvertreter Kaufmann Heinrich, hier, Schriftführer Preuß, Gola und Kassierer Bäckermeister Kaliske.

△ Pilsudski-Denkmal. Hier werden Spenden zum Bau eines Pilsudski-Denkmals gesammelt. Mit dem Bau soll in Kürze begonnen werden.

Ostrowo

+ Badeanstalt. Die Eröffnung der Wannenbadeanstalt der jüdischen Synagogengemeinde, die von der hiesigen Krankenkasse pachtweise übernommen wurde, wird in den nächsten Tagen erfolgen. Die Anstalt ist vollkommen den neuesten hygienischen Ansprüchen entsprechend umgebaut. Für Mitglieder der Krankenkasse werden Heil- und Solbäder verabreicht. Wie verlautet, wird auch anderen Personen gegen ein geringes Entgelt die Badeanstalt für bestimmte Stunden freigegeben werden.

Tragisches Ende eines Lungenkranken

× **Pleschen, 23. Februar.** Am Sonntag vormittag entfernte sich ohne Wissen des Personals der schwer lungenkranke 24jährige Arbeiter Tomas Antrzak aus der Lungenheilanstalt in Pleschen. Als sein Fehlen entdeckt wurde und die Umgebung abgesucht wurde, fand man die Leiche des Unglücklichen zwischen Janków und Kuczkowo, wo Antrzak beheimatet war. Er war durch Erschöpfung zusammengesunken und gestorben. Wahrscheinlich hatte sich Antrzak aufgemacht, um in sein Heimatdorf zurückzukehren.

Kempen

gr. Auflösung der Gemeinde Klein-Tabor. Auf Grund einer Verfügung des Ministerpräsidenten wird vom 1. April d. Js. die Gemeinde Klein-Tabor, Kreis Kempen, aufgelöst und der Gemeinde Weronikipole einverleibt.

Schildberg

gr. Feuer. Auf dem Gehöfte des Landwirts W. Owczarek in Morawin, Kreis Schildberg, brach ein Schadenfeuer aus. Die Scheune mit Getreide und Klee wurde ein Raub der Flammen. Der Schaden beträgt ungefähr 2000 Zloty, ist aber durch Versicherung gedeckt.

Sacharinschmuggel

+ **Ostrowo, 23. Februar.** Schon seit längerer Zeit wissen die Behörden, daß der Gastwirt Kończak aus Janówko, Kreis Kempen, einen ausgedehnten Sacharinschmuggel betreibt, ohne daß es den Grenzbehörden gelingen wollte, dem vorsichtig vorgehenden K. auf die Schliche zu kommen. Sein Helfershelfer war der Landwirt Jan Zórawka, der am 2. September 1930 von Grenzbeamten angehalten wurde. Sein Fuhrwerk wurde genau durchsucht. Unter der Roggenladung fand man denn auch eine mit Draht verschlossene größere Kiste, die einen größeren Sack mit zehn Kilogramm Sacharin enthielt. Nun wurde auch eine Haussuchung bei dem Gastwirt vorgenommen, die neben Zigarren und Munition für Jagdflinten eine Sacharinpackung mit dem Vermerk „Kostau in Oberschl." zutage förderte. Zu dem Prozeß waren 11 Zeugen geladen, die übereinstimmend über den Gastwirt aussagten. Nach längerer eingehender Beratung erklärte das Gericht den Gastwirt Kończak für schuldig und verurteilte ihn zu 3440 zł Geldstrafe. Im Nichteintreibungsfalle wird K. für je 100 zł ein Tag Gefängnis zuerkannt. Die übrigen Angeklagten werden aus Mangel an Beweisen freigesprochen.



Sieht man in obigen Kreisflächen die Linien nur einer Fläche ganz deutlich, die andern verschwommen und nicht so tief schwarz, so ist das ein Zeichen für astigmatische Augen. Sie sollten Ihre Augen untersuchen lassen!

Zur Berichtigung dieses Sehfehlers bedarf es ganz besonders geschliffener, *astigmatischer* Punktalgläser, deren schwierigere Herstellung einen etwas höheren Preis bedingt. Wenn irgendwo, so sind gerade hier ZEISS-Punktalgläser und deren genaue, fachgemäße Anpassung Vorbedingung für gutes Sehen und die Erhaltung der Sehleistung!



Das vollkommene Augenglas

Zeiss-Punktalgläser sind vorrätig in allen **optischen Fachgeschäften**, kenntlich durch Zeiss-Schilder im Schaufenster und am Laden. Ausführliche Druckschrift „Punktal 405" versendet kostenfrei Carl Zeiss, Jena.



gr. Wiedereröffnung der Viehmärkte. Der Auftrieb von Vieh ist von jetzt an wieder zu den Jahrmärkten erlaubt. Die Viehmärkte finden wie gewöhnlich statt.

Bekommt Warschau die Weltausstellung?

Die Warschauer städtischen Behörden stehen gegenwärtig vor einem schweren Konflikt. Es handelt sich um die für das Jahr 1935 vorgesehene polnische Bau-Ausstellung, die den Grundstock für die Große Internationale Weltausstellung bilden soll, deren Zeitpunkt für das Jahr 1943 angesetzt worden ist. Inzwischen sind die Pläne und Projekte zwar seit langem fertiggestellt — aber die materielle Seite der beiden Ausstellungen ist noch keineswegs gesichert. Der springende Punkt dabei ist aber der Umstand, daß die Internationale Ausstellung — falls sie im Jahre 1943 aus irgendwelchen Gründen in Warschau nicht abgehalten werden sollte — erst 125 Jahre später wieder in der polnischen Hauptstadt stattfinden kann, und zwar auf Grund eines zwischenstaatlichen Abkommens. Soll nun unter Anwendung der zur Verfügung stehenden spärlichen Mittel die Ausstellung doch noch im ersten Termin zustande kommen — oder soll doch lieber bis zum Jahre 2068 gewartet und die Sorgen für die Ausstellung den zukünftigen Geschlechtern überlassen werden — das ist die Frage, über die sich die zuständigen Warschauer Behörden jetzt den Kopf zerbrechen.

Das beste Geschäft macht das Versatzamt

Die Institution des städtischen Versatzamtes gilt von jeher als ein überaus feinfühliger wirtschaftlicher Barometer. Das Warschauer Versatzamt hat nun im Jahre 1930 gegenüber den vorhergegangenen eine Erhöhung des Umsatzes von fast 50 Prozent erreicht. Die Beträge, die in diesem Jahr ausgezahlt wurden, belaufen sich über 4,5 Millionen Zloty, wobei als besonders charakteristisch zu berücksichtigen ist, daß drei Viertel dieses Betrages sich aus Beträgen von unter 50 Zloty zusammensetzen, also ausschließlich der ärmsten Bevölkerung zu Gute gekommen sind, die ohne die Möglichkeit, ihre Wertgegenstände und Kleidungsstücke lombardieren zu können, sie zu Schleuderpreisen weit unter ihrem tatsächlichen hätten verkaufen müssen. Das Versatzamt hat unter Berücksichtigung dieses Umstandes auch in entsprechender Weise die Höhe der Verzinsung festgesetzt: für Beträge bis zu 50 Zloty werden 1 Prozent und darüber 2 Prozent berechnet.

Bestellungen

auf das

„Posener Tageblatt"

für den **Monat März d. Js.**

werden von den **Briefträgern** vom 15.—25.
von **allen Postanstalten**, unseren **Agenturen**
von der **Geschäftsstelle** in Posen, Zwierzyniecka 6
aber jederzeit entgegengenommen.

Posener Tageblatt

Recht und Steuern

Nr. 45

Mittwoch, den 25. Februar 1931

Der amtsrichterliche Strafbefehl nach neuem Strafprozeßrecht

In Teil VIII der Verordnung des Staatspräsidenten vom 19. März 1928, Nr. 33, Pos. 314 Dz. U., die in gewissem Sinne ein Einführungsgesetz zur neuen Strafprozeßordnung darstellt, sind Vorschriften über das Verfahren bei Strafbefehlen der Amtsgerichte enthalten (Art. 31—40. postępowanie nakazowe). Dieses vereinfachte Strafverfahren vor dem Amtsgericht (Sąd grodzki) war bereits dem früheren deutschen Strafprozeßrecht als Verfahren bei amtsrichterlichen Strafbefehlen nach §§ 407 ff. St. P. O. bekannt, doch weicht die Regelung des neuen polnischen Gesetzes nicht unerheblich von den früheren Bestimmungen ab und soll deshalb kurz hier geschildert werden. Bemerkt muß jedoch dabei werden, daß die neuen Vorschriften, die augenblicklich noch in Geltung sind, nur als Uebergangsvorschriften gedacht waren und daher jederzeit vom Staatspräsidenten aufgehoben werden können.

Die Eigenart des Strafbefehls (postępowanie nakazowe, n a k a z k a r n y) besteht darin, daß er ohne vorgängige mündliche Verhandlung vom Amtsgericht in Strafsachen, die nur mit Haft oder Geldstrafe bedroht sind (Haft bis zu 14 Tagen), erlassen werden kann, wenn die Polizei eine andere Behörde oder Amtsperson beim Amtsgericht dies beantragt und das Gericht auf Grund der beigefügten Beweise den betr. Straftatbestand für gegeben ansieht. Dem Beschuldigten kann dann eine Geldstrafe auferlegt werden, die im Falle, daß sie nicht eingezogen werden kann, in eine Haftstrafe bis zu 14 Tagen umgewandelt wird. Gleichzeitig kann im Strafbefehl die Einziehung von Gegenständen, die sich im Besitze des Gerichts, einer Verwaltungsbehörde oder anderer Personen befinden, ebenso ein bedingter Strafaufschub ausgesprochen werden. Ist mit dem Strafantrag gleichzeitig eine zivilrechtliche Schadenersatzklage verbunden, was ja nach den Bestimmungen der geltenden Strafprozeßordnung durchaus möglich ist (Art. 74 ff.), so ist der Kläger von dem Strafbefehlsverfahren zu benachrichtigen, denn in diesem Verfahren kann über den Schadenersatzanspruch nicht entschieden werden. Nach Möglichkeit werden aber in solchem Falle Strafbefehle nicht erlassen werden, da dann der Geschädigte seine Schadensersatzansprüche nur im Wege des Zivilprozesses geltend machen kann, während sonst im ordentlichen Strafverfahren ebenfalls über diesen Anspruch entschieden werden kann und dem Kläger keine weiteren Kosten erwachsen. Der Erlaß eines Strafbefehls ist unzulässig gegenüber in Haft befindlichen Personen, gegen Minderjährige bis zu 17 Jahren und in Strafsachen, die der Privatklage unterliegen (Beleidigung, leichte und fahrlässige Körperverletzung). Erforderlich für den Erlaß ist nicht eine unmittelbare Kenntnis des Vergehens durch die anklagende Behörde oder ein Bekenntnis des Uebeltäters, sondern es genügt bereits ein begründeter Verdacht, daß der Beschuldigte sich die betr. strafbare Handlung hat zu schulden kommen lassen. Wenn beispielsweise der Steuerexekutor der Polizeibehörde davon Meldung macht, daß er bei der Ausübung seiner Amtstätigkeit wörtlich oder tätlich angegriffen sei, so kann die Polizeibehörde auf Grund eigner Ermittlungen, ohne daß sie selbst dem Vergehen beigewohnt hat, bei Gericht den Erlaß eines Strafbefehls erwirken.

Im Gegensatz zum früheren deutschen Recht, wo nur auf Antrag der Staatsanwaltschaft ein Strafbefehl erlassen werden konnte (§ 408 St. P. O.), kann nach dem neuen Einführungsgesetz das Gericht von Amts wegen den Strafbefehl erlassen, es kann jedoch auch vorher den Beschuldigten anhören und einen Antrag des öffentlichen Anklägers verlangen. (Oeffentlicher Ankläger kann nach Art. 43 der neuen Strafprozeßordnung vor dem Amtsgericht außer dem Staatsanwalt auch die Polizei oder eine andere Verwaltungsbehörde sein.)

Der Strafbefehl muß enthalten: 1. Die Bezeichnung des Gerichts, das ihn erlassen hat; 2. Namen und Vornamen des Beschuldigten; 3. die genaue Bezeichnung der Straftat; 4. die gesetzliche Bestimmung der Straftat, deren der Angeklagte schuldig sein soll; 5. das angewendete Strafgesetz und die Strafe; 6. die Bezeichnung der beschuldigenden Person oder Behörde. Der Strafbefehl muß auch einen Hinweis über die Rechtsmittel, die gegen ihn einzulegen sind, enthalten, ebenso die Folgen der Nichteinlegung anführen. Eine Abschrift des Strafbefehls wird dem Beschuldigten ebenso dem Ankläger zugestellt. Sowohl der Ankläger wie der Beschuldigte können innerhalb von 7 Tagen, vom Tage der Zustellung ab gerechnet, schriftlich oder mündlich zu Protokoll Widerspruch erheben.

Der Widerspruch hat die Wirkung, daß im ordentlichen Verfahren über die Strafsache verhandelt wird, wobei der Richter weder an den im Strafbefehl festgestellten Straftatbestand noch an die darin ausgesprochene Strafe gebunden ist. Wird gegen den Strafbefehl kein Widerspruch erhoben, so wird er rechtskräftig wie ein rechtskräftiges Urteil.

Ueber die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, falls die Widerspruchsfrist versäumt ist, enthält das Einführungsgesetz keine Angaben. Man wird jedoch auch hier den Art. 225 der Strafprozeßordnung anwenden können, wonach das Recht, eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu verlangen, sowohl dem Ankläger als auch dem Beschuldigten zusteht, wenn die Versäumung der Frist ohne Schuld des Betroffenen erfolgt ist. Mit dem Antrag auf Wiedereinsetzung, der 7 Tage nach dem Aufhören des hindernden Ereignisses zu stellen ist, kann gleichzeitig der Widerspruch gegen den Strafbefehl erklärt werden. Nach der Annahme des Antrags verhandelt dann das Gericht im ordentlichen Verfahren. Gegen eine Ablehnung gibt es eine Beschwerde an das zuständige Landgericht. (Sąd okręgowy).

Rechtsspiegel

Aenderung des Konkursverfahrens

Die Lodzer Industrie- und Handelskammer hat im vorigen Jahr ein Projekt ausgearbeitet, welches die Einleitung von Konkursverfahren erschwert. Dieses Projekt wurde von den polnischen Industrie- und Handelskammern angenommen und dem polnischen Finanzministerium zur Fortführung der Angelegenheit überreicht. Das Finanzministerium hat daraufhin eine Wirtschaftskonferenz unter Hinzuziehung sämtlicher Wirtschaftskreise einberufen. Voraussichtlich wird diese das Projekt der Lodzer Industrie- und Handelskammer annehmen, so daß zu erwarten ist, daß in Polen das gesamte Konkursrecht einschließlich der Bestimmungen über Geschäftsaufsicht und Zahlungsaufschub eine Aenderung erfahren wird.

Entscheidungen oberster Instanzen

Versicherungen:

Das Küchenpersonal, das ausschließlich zu persönlichen Dienstleistungen beim Eigentümer einer Landwirtschaft bestimmt ist, unterliegt nicht der Versicherungspflicht im Sinne des § 1 des Unfallversicherungsgesetzes (Dz. U. Pos. 413 vom Jahre 1921) und des § 1 der V. O. des Ministeriums für Arbeit und öffentliche Wohlfahrt vom 24. März 1922 (Dz. U., Pos. 311.) (Entscheid. d. N. T. A. vom 10. 9. 1930, L. Rej. 22/29.)

Wassersachen:

Art. 17 des Wassergesetzes (Dz. U. Pos. 574 vom Jahre 1928) verpflichtet den Eigentümer eines niedriger gelegenen Bodens zur Tragung des natürlichen Abflusses des Wassers einer höher gelegenen Fläche, legt ihm aber außer den in Art. 4 aufgeführten Ausnahmen keine weitere Pflicht zur Herstellung von Anlagen auf, die eine Verbesserung des Abflusses zum Zwecke haben. (Entscheidung des N. T. A. vom 12. 9. 1930, L. Rej. 5058/28.)

Staatsangehörigkeit:

Für den Verlust der polnischen Staatsangehörigkeit auf Grund des Art. 7, § 2, Abs. d der Wiener Konvention (Dz. U. Pos. 148 vom Jahre 1925) durch den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit wegen des Eintrittes in den deutschen Staatsdienst ist es ohne Bedeutung, ob die gegebene Person auch nach dem 10. Januar 1922 im Staatsdienst verblieben ist, wie dies der Absatz e) des genannten Paragraphen erfordert (Entscheid des N. T. A. v. 1. 10. 1930, L. Rej. 3483/28.)

Wechselrecht:

Die Beweislast darüber, daß der Wechsel ausgefüllt war im Widerspruch mit dem abgeschlossenen Vertrage, ruht auf dem Beklagten. (Art. 99 der W.-O.) (Entscheid. vom 2. 5. 30. 97/30.)

Gläubigerschutz und Wucherverhinderung

Das Oberste Gericht hat in einer Urteilsbegründung (III. 2 C. 235/29) folgendes ausgeführt:

Das in einem Vertrage dem Gläubiger vorbehaltene Recht auf Umrechnung der in Polen-Zloty erteilten Darlehen nach dem Dollarkurse zur Zeit der Rückerstattung derselben bezweckt nur den S c h u tz des Gläubigers vor Schäden aus einem evtl. Rückgang des Zlotywertes; es gewährt ihm jedoch k e i n e V o r t e i l e, wie sie die Verordnung des Staatspräsidenten vom 29. Juni 1924 (Dz. U. 56/24, Pos. 574) in § 1 (Verbot von geldlichen oder anderen Vermögensvorteilen in Gestalt von Prozenten oder in anderer Form, die 24 Prozent jährlich übersteigen) untersagt. Die Umrechnung auf Dollarbasis widerspricht somit nicht dem Verbot, das der oben zitierte Paragraph enthält.

Die Erhöhung der Einkommensteuer von Dienstgehältern

10prozentiger Zuschlag bleibt dauernde Steuerlast

P. Wie wir bereits kurz berichteten, ist der Gesetzesvorschlag der Regierung, den außerordentlichen 10prozentigen Steuerzuschlag, der für die meisten Staatssteuern gilt, zur dauernden Steuerlast zu machen, vom Sejm beschlossen worden; gleichzeitig hat der Sejm beschlossen, daß der 10prozentige Zuschlag vom 1. April d. Js. an auch bei der Einkommensteuer von Dienstgehältern erhoben werden soll. Damit werden die bisherigen Steuerlasten also noch erhöht. Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Besteuerungsgrenze bei uns in Polen schon überschritten ist, und während unsere notleidende Wirtschaft einen Abbau der zu hohen Steuerlasten erwartet, ziehen die Regierung und der Sejm wieder einmal die Steuerschraube an. Durch die endgültige Beibehaltung des außerordentlichen 10prozentigen Zuschlages und dessen Ausdehnung auf die Einkommensteuer von Dienstgehältern werden die bisherigen Steuersätze, die aus der Zeit einer besseren Wirtschaftskonjunktur stammen, aber schon bei ihrer Einführung als sehr hoch galten, wiederum erhöht. Diese Maßnahmen werden bestimmt nicht zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise beitragen.

Im Jahre 1926 wurde der 10prozentige Zuschlag zum ersten Male für den Zeitraum eines halben Jahres zum Ausgleich des Budgets eingeführt, aber schon damals war man sich dessen bewußt, daß diese Erhöhung auf die Dauer nicht tragbar ist und daß ein solcher pauschaler Zuschlag nur als einmalige außerordentliche Steuer in Frage kommen kann. Trotzdem wurde diese einmalige außerordentliche Steuer von Jahr zu Jahr neu bewilligt, bis sie schließlich zur dauernden Einrichtung gemacht wird. Da unser Steuersystem zahlreiche Mängel aufweist und die Steuersätze sehr ungerecht sind, werden durch einen derartigen Zuschlag die Mängel und Ungerechtigkeiten nur noch vergrößert.

Die 10prozentige **Erhöhung der Einkommensteuer von Dienstgehältern** wird von der Regierung damit begründet, daß sich die Reallöhne seit dem Jahre 1925 um ca. 9,2 Prozent erhöht haben. Diese Behauptung ist offensichtlich falsch, und wir ersparen es uns, den mit Hilfe eines Rechenkunststückchens konstruierten Beweis für diese Behauptung zu widerlegen. Im Gegenteil hat sich die steuerliche Belastung der Dienstgehälter seit 1925 ganz beträchtlich erhöht. Die noch jetzt geltenden Steuersätze stammen nämlich aus dem ersten Halbjahr 1925 und stützen sich auf den Kurs des Zloty vor der Zlotyinflation. Inzwischen ist jedoch der Zlotykurs um 42 Prozent gefallen, die Steuerskala wurde jedoch beibehalten und so sind automatisch das steuerfreie Existenzminimum erniedrigt und sämtliche Steuersätze entsprechend erhöht worden.

Die Erhöhung der Einkommensteuer von Dienstgehältern halten wir noch aus folgender Erwägung für schädlich: Wir befinden uns in einer schweren Wirtschaftskrise, durch die die Kaufkraft der besitzenden Schichten ganz besonders stark gelitten hat. Eine Besserung unserer Lage kann nur durch eine Steigerung des Verbrauchs und Förderung des Absatzes herbeigeführt werden. Als Verbraucher kommen jetzt in erster Linie Angestellte in Frage, da diese noch ein verhältnismäßig konstantes Einkommen haben. Werden den Angestellten aber zu hohe Steuerlasten aufgebürdet, so wird auch ihre Kaufkraft schwinden, und der Verbrauch wird infolgedessen noch weiter zurückgehen.

Darf man wildernde Hunde und Katzen töten?

Darüber, wie der Jagdberechtigte mit fremden, revierenden Hunden in seiner Jagd verfahren darf, bestanden vor Erscheinen des polnischen Jagdrechtes verschiedene Rechtsquellen. Reichsrecht, Landesrecht, Provinzialrecht.

Diese Frage ist nun in Grundrissen durch das Jagdrecht vom 3. 12. 1927 geregelt. Das polnische Jagdrecht unterscheidet nach Art. 36, Abs. 3, zwei Arten von Hunden:

1. Jagdhunde, zu denen gezählt werden Vorstehhunde, Bracken, Windhunde, Teckel, Foxterriers, Schweißhunde, Spaniels (Stoberhunde) und andere auf Bären und Schwarzwild abgerichteten Hunde.
2. Nichtjagdhunde, zu denen alle anderen Hunderassen gerechnet werden.

Was versteht nun das Jagdrecht unter revierenden oder vielmehr „umherstreifenden“ Hunden? Nach dem Art. 39 sind darunter alle solche Hunde gemeint, die sich der Beobachtung und Einwirkung ihres Herrn dauernd oder zeitweise entzogen haben.

Ein Jagdhund kann nach dem Jagdrecht nicht getötet werden, selbst wenn derselbe sich in fremdem Revier herumtreibt. Dagegen steht es dem Jagdberechtigten sowie dem Grundeigentümer frei, einen herumstreunenden Jagdhund anzuhalten. In einem solchen Falle hat er jedoch den Eigentümer des Hundes, falls derselbe ihm bekannt ist, davon in Kenntnis zu setzen, andernfalls muß er die Gemeindebehörde, auf deren Grund und Boden der Hund angehalten wurde, benachrichtigen. Der Eigentümer des Hundes ist zur Rückerstattung der Verpflegungskosten und zur Entschädigung des durch den Hund verursachten Schadens verpflichtet.

Bei näherer Betrachtung findet man, daß dieser Punkt nicht ganz einwandfrei ist und im Widerspruch mit dem § 228 des Bürg. Ges.-B. steht — das immer noch im ehemaligen preußischen Teilgebiet seine Geltung hat. Denn dieser Paragraph gestattet das Töten eines Hundes (auch Jagdhundes), wenn dies zur Abwendung einer Gefahr — die im Reißen des gejagten Wildes, im Verfolgen des Wildes, im Verjagen des Wildes aus dem Revier und dergleichen bestehen kann — erforderlich ist und wenn der Schaden, der durch das Töten des Hundes dem Eigentümer entsteht, nicht außer Verhältnis zur Gefahr steht.

Während Jagdhunde nur angehalten werden dürfen, können umherstreifende Nichtjagdhunde und Katzen nach dem Jagdrecht ohne weiteres getötet werden. Allerdings wäre es unvorsichtig, in der Nähe von Wegen oder von Menschen besuchten Orten kurzerhand auf einen Hund zu schießen, da das Jagdrecht das Töten des revierenden Hundes (Katze) nur dann erlaubt, wenn derselbe sich vom Gehöft weiter als 300 Meter und von einem öffentlichen Weg mehr als 30 Meter entfernt hat. An solchen Oertlichkeiten wird sich also der Jäger vorerst vergewissern müssen, ob — was meist zutrifft — in Hör- und Sehweite der Begleiter des Tieres sich befindet. Denn ein unter Aufsicht befindlicher, auf Ruf oder Pfiff folgender Hund, mag er auch im Revier umherlaufen, ist dem Jagdberechtigten ebensowenig freigegeben wie ein auf öffentlichem Wege betroffener Hund. Würde der Hund an einer Stelle erschossen, wo das Gesetz das Scharfschießen verbietet, wie an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten, so käme dessen Revierschädlichkeit als erkannter Wildhetzer nicht in Betracht; das Anschießen oder Töten wäre widerrechtlich und würde den Töter zum Schadenersatz verpflichten. Dagegen kann gegen einen Nichtjagdhund oder Katze, die sich weiter entfernt haben und sich nicht unter Aufsicht befinden und die bereits früher im Revier herumstreunend betroffen wurden, rücksichtslos vorgegangen werden, erst recht, wenn der Eigentümer desselben vorher verwarnt worden ist, weshalb ihn ein Selbstverschulden trifft, wenn seinen wieder beim Revieren erwischten Hund das tödliche Blei umwirft.

Das Töten bzw. Anhalten von Hunden und Katzen ist nach dem Jagdrecht nur dem Jagdberechtigten und Grundeigentümer gestattet. Steht dieses Recht nun auch den zur Jagd geladenen Gästen zu? Leider ist diese immerhin wichtige Frage nicht geregelt. Man kann jedoch annehmen, daß soweit der Jagdberechtigte das Recht habe, andere Personen mit der Ausübung der Jagd zu beauftragen, ihm auch nicht das Recht abgesprochen werden könne, andere Personen zur Tötung bzw. Anhaltung der für die Ausübung der Jagd nachteiligen Hunde und Katzen zu ermächtigen. Solche Ermächtigung liegt jedoch nicht ohne weiteres in der Erlaubnis zum Jagen oder in der Einladung zur Teilnahme an einer Jagd vor, bedarf vielmehr einer besonderen Erklärung von seiten des Jagdberechtigten.

Den Hunden mit Gift nachzustellen, erscheint eine gefährliche Maßnahme dann, wenn die Giftbrocken nicht mit gehöriger Sorgfalt ausgelegt und überwacht werden oder wenn sie vom Raubzeug verschleppt werden können. Unter allen Umständen hat man sich in einem solchen Falle nach den allgemeinen Polizeiverfügungen zu richten, wobei Ort und Zeit des ausgelegten Giftes in der Lokalpresse zur öffentlichen Kenntnis gegeben werden müssen. Jedenfalls dürfen die Giftbrocken nicht in der Nähe von Wegen, Plätzen und Wohnsitzen ausgelegt werden. Der Jagdberechtigte, der nicht gleichzeitig Grundbesitzer ist — also Jagdpächter —, hat sich, bevor er die Brocken auslegt, erst mit dem Grundeigentümer in Verbindung zu setzen und dessen Erlaubnis nachzuholen.

Mancher Hund verunglückt in einem fängisch gestellten Eisen, und das führt dann zum Prozeß, der meist den Beweis erbringt, daß beide Parteien im Unrecht sind — der Beklagte, weil er das Eisen zu nahe an von Menschen bewohnten oder besuchten Orten gelegt hatte, der Kläger, weil er seinen Hund auf fremdem Revier umherlaufen ließ, wo er nichts zu suchen hatte. Einen im Eisen erwischten Hund darf man nicht kurzerhand töten, und zwar dann nicht, wenn der Eigentümer des Hundes bekannt ist und derselbe herangerufen werden kann oder wenn der Hund ohne Gefahr für Leib und Leben aus dem Eisen gelöst werden kann.

Zum Schluß sei noch daran erinnert, daß das ehemalige Jagdgesetz den Grundbesitzer zum Verjagen von seinem Grund und Boden von Hirsch-, Dam- und Schwarzwild mittels gewöhnlicher Hunde berechtigte. Diese Befugnis ist mit Erscheinen des neuen Jagdrechts aufgehoben; nunmehr ist dem Grundeigentümer nur das Recht eingeräumt, sein Besitztum durch Aufstellen von Zäunen, Strohpuppen, Nachtfeuer und dergleichen gegen Wild und Wildschaden zu schützen.

A. Fr.

Steuer-Rundschau

Gerichtsentscheidungen in Steuerfragen

Einkommensteuer:

Die Verzugszinsen für rückständige Steuern können vom allgemeinen Einkommen abgezogen werden im Sinne des Art. 10, Punkt 5 des Einkommensteuergesetzes, ohne Rücksicht darauf, auf welche steuerlichen Rückständigkeiten sie fallen. (Entscheid. des Obersten Verwaltungsger. v. 5. 3. 1930, L. Rej. 2397/28.)

Kapitalsteuer:

Die Ausdehnung des Tätigkeitsbereiches einer Genossenschaft auf Nichtmitglieder und die Ausführung von Banktätigkeiten nimmt ihr selbst den Charakter eines kleinen Kreditinstituts (vom Standpunkt des § 1 der V. O. vom 3. April 1925, Pos. 283 Dz. U.), der erforderlich ist zur Befreiung von der Kapital- und Rentensteuer auf Grund des Art. 3, B. 1, 2 desselben Steuergesetzes vom 16. Juli 1920, Pos. 517, Dz. U. (Entscheid. des N. T. A. vom 6. 5. 1930, L. Rej. 1450/28.)

Verzugszinsen:

Das Oberste Verwaltungsgericht hat am 15. 9. 1930, Nr. 2397/28) entschieden, daß V e r z u g s z i n s e n vom Gesamteinkommen im Sinne des Art. 10 Einkommensteuergesetzes (Dz. U. 1925, Pos. 411)) a b z u g s f ä h i g sind, ohne Rücksicht darauf, für welche Steuerrückstände sie zu zahlen sind.

Können Handelsbücher abgelehnt werden, wenn der deklarierte Umsatz nicht mit dem buchmäßigen Umsatz übereinstimmt?

Das Oberste Verwaltungsgericht hat durch Urteil vom 11. 3. 1930, L. R. 454/28 entschieden, daß Handelsbücher nicht mit der Begründung als unvorschriftsmäßig abgelehnt werden können, daß die Prüfung der Bücher durch die Steuerbehörde ergeben hat, daß der in der Umsatzsteuererklärung angegebene Umsatz niedriger ist als der Umsatz, der sich auf Grund der Prüfung der Handelsbücher ergibt.

Prüfung der Handelsbücher nur in Gegenwart der Steuerzahler

Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen und einer Reihe Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichts dürfen die Veranlagungskommissionen einen Steuerzahler, der Bücher führt, nur dann abweichend von den Angaben der Bücher einschätzen, wenn festgestellt wird, daß die Bücher unvorschriftsmäßig geführt sind. Diese Feststellung muß nach einer Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts (L. R. 454/28) in einem Protokll festgelegt werden, das nur dann rechtskräftig ist, wenn es vom Steuerzahler selbst oder seinem Stellvertreter anerkannt und unterzeichnet ist.

Ausweis der Bank Polski für die zweite Februardekade

Rekordmässig gesunkener Notenumlauf

Der Ausweis der Bank Polski für die zweite Februardekade zeigt eine Vermehrung des Goldbestandes um 89 000 zł auf 562 647 000 zł. Deckungsfähige Devisen und Auslandsforderungen hingegen verringerten sich um 9 161 000 zł auf 244 057 000 zł, auch die nicht deckungsfähigen gingen um 83 000 zł auf 119 737 000 zł zurück. Das Wechselportefeuille zeigt eine Verminderung um 12 630 000 zł auf 591 574 000 zł. Lombardforderungen stiegen um 6 427 000 zł auf 84 995 000 zł. Die übrigen Aktiva sind um 20 308 000 zł zurückgegangen und betragen gegenwärtig 102 799 000 zł.

Auf der Passivseite stieg die Summe der sofort fälligen Verpflichtungen um 22 000 zł auf 250 083 000 zł. Der Notenumlauf zeigt eine Verminderung um 60 553 000 zł auf 1 139 166 000 zł. Die reine Golddeckung des Notenumlaufes und der sofort fälligen Verpflichtungen ist auf 40.50 Prozent gestiegen, so dass sie gegenwärtig 10.50 Prozent über dem statutenmässig vorgeschriebenen Minimum steht; die kombinierte Deckung (Gold und Devisen) stieg auf 58.07%, übersteigt demnach das statutenmässige Minimum um 18.07 Prozent; die reine Golddeckung des Notenumlaufes allein beträgt 49.39 Prozent.

Der Rückgang des Banknotenumlaufes stellt in seiner Art einen Rekord dar; nachdem der Umlauf bereits in der ersten Februardekade um 76.8 Mill. zł zurückgegangen war, ist durch die jetzige erneute Verminderung um 60.5 Mill. zł der niedrigste Stand seit drei Jahren erreicht, der mit 1 139 166 000 zł die Tiefstände von 1929 (1 149 000 000 zł) und vom Jahre 1930 (1 163 000 000 zł) unterbietet. Zweifellos ein Zeichen der immer noch zunehmenden Krampfung unseres Wirtschaftslebens; bezeichnend ist auch, dass, während in den Vorjahren der Banknotenumlauf seinen saisonmässigen Tiefstand in der zweiten Januardekade erreichte, in diesem Jahre trotz der vorgeschrittenen Saison noch keine Aufwärtsbewegung zu spüren ist. L.

Die polnische Zahlungsbilanz in den Jahren 1927 bis 1929

D.P.W. Das Statistische Hauptamt Polens veröffentlicht in den Mitteilungen vom 15. Februar d. J. eine Statistik über die polnische Zahlungsbilanz im Jahre 1929 im Vergleich zu den Bilanzen von 1927 und 1928. Die Einnahmeseite der Zahlungsbilanz zeigt folgendes Bild:

	in Millionen Zloty		
	1929	1928	1927
Insgesamt	5 338.7	5 162.6	4 704.7
A. Laufender Umsatz	3 696.0	3 265.4	3 168.5
I. Warenumsatz	2 704.9	2 485.3	2 552.8
1. Warenausfuhr ohne Danzig	2 704.0	2 485.1	2 547.3
2. Gold	0.9	0.2	5.5
II. Andere Positionen	991.1	780.1	615.7
3. Eisenbahn-, See- und Postverkehr	281.4	247.3	199 7
4. Emigrantenanweisungen	277.8	271.1	242.7
5. Ausländische Touristen in Polen	161.1	98.3	71.1
6. Versicherung	119.8	14.7	6.1
7. Ausgaben fremder Regierungen in Polen	9.0	8.5	6.0
8. Die Zolleinnahmen Danzigs, welche der poln. Staatskasse zufallen	105.1	97.9	58.4
9. Zinsen u. Provisionen	30.8	31.6	17.9
10. Andere	0.1	10.7	13.2
B. Kapitalumsatz	1 642.7	1 897.2	1 536.2
III. Kurzfristiges Kapital	1 398.8	1 570.3	922.1
11. Warenlieferungen des Auslandes	55.5	421.6	—
12. Bargeldverschuldung der polnischen Unternehmungen	914.3	769.0	725.5
13. Polnische Kapitalzurückziehung aus dem Auslande	1.2	17.3	25.7
14. Erhöhung der Verschuldung der Banken	138.1	136.9	106.3
15. Zurückziehung von Guthaben polnischer Banken im Auslande	235.3	145.7	9.2
16. Verkauf von Wertpapieren im Zwischenbankverkehr			
a) Inlandsverkehr	34.2	69.7	48.6
b) Auslandsverkehr	2.1	10.1	6.8
17. Erhöhung der Verschuldung aus anderen Positionen	18.1	—	—
IV. Langfristiges Kapital	243.9	326.9	614.1
18. Erhöhung der Verschuldung des Staates und der Kommunen	7.1	167.0	544.9
19. Obligationen und Pfandbriefe im Auslande placiert	58.5	56.3	—
20. Anteilserhöhung des Auslandskapitals an polnischen Unternehmungen	130.2	101.3	68.1
21. Zurückziehung polnischen Kapitals aus ausländischen Unternehmungen	0.3	0.1	1.1
22. Kapitalerhöhungen der polnischen Filialen ausländischer Unternehmungen	47.8	2.2	—

Die Gesamteinnahmen sowie der laufende Umsatz (I und II) haben sich in den 3 Jahren stetig erhöht. Die Aufnahme von kurzfristigem Kapital erhöhte sich im Jahre 1928, ging aber im darauffolgenden Jahre zurück. Dagegen erreichte die Aufnahme langfristigen Kapitals mit 614 Mill. zł im Jahre 1927 ihren Höhepunkt und sank im Jahre 1929 auf fast ein Drittel.

Den Gesamteinnahmen im Jahre 1929 von 5 338.7 Mill. zł stehen Ausgaben von 5 345.5 Mill. zł gegenüber. Die polnische Zahlungsbilanz für das Jahr 1929 ergibt somit einen Passivsaldo von 6 800 000 zł.

In der nächsten Nummer werden wir die Ausgabeseite der polnischen Zahlungsbilanz detailliert wiedergeben.

Wegebesserung — ein Notstand unserer Wirtschaft

900 Millionen Verluste jährlich durch schlechte Wege

Die Verabschiedung eines vom Ministerium für öffentliche Arbeiten an den Sejm eingebrachten Gesetzes über die Errichtung eines sog. „Wegefonds" und die gleichzeitige Ermächtigung der Regierung, an den Schatzminister vor der zu zeichnenden Summe der III. Serie der Dollarprämienanleihe einen Teil als Darlehen an den „Wegefonds" zu gewähren, lenkt die Aufmerksamkeit der breiten Oeffentlichkeit auf unsere Wegeverhältnisse. Nach dem Vorbilde anderer europäischer Staaten wurde ein sog. „Wegefonds" mit eigener Rechtspersönlichkeit ins Leben gerufen, der nicht nur die Instandhaltung und dem notwendigen Um- und Ausbau der vorhandenen Wege, sondern auch dem Wiederaufbau der zerstörten Wege und Brücken und der Anpassung der Verkehrswege an die ökonomisch-wirtschaftliche Struktur des Landes gewidmet ist.

Aehnlich wie unser Eisenbahnsystem ist auch das Wegenetz vor der Wiedergeburt des Landes entstanden, und daher von vornherein nicht auf den Bedarf des neuen Staates zugeschnitten, ganz abgesehen davon, dass in den früheren östlichen Okkupationsgebieten aus politischen und strategischen Gründen auf den Ausbau eines Wege- und Strassennetzes wenig Wert gelegt wurde. So kam es, dass die vorhandenen Verkehrswege nach der Entstehung des Staates zunächst ein Konglomerat uneinheitlicher Teile darstellten und zum ökonomischen Aufschluss des Landes wenig beitragen konnten. Der Wiederaufbau der zerstörten Wege und Brücken, die Instandhaltung und der Ausbau des Wegenetzes wurde nicht nur durch die schlechte finanzielle Lage des Staates, sondern auch durch die systemlose, uneinheitliche Verwaltung der Wege und Strassen erschwert. Während in dem preussischen Okkupationsgebiet den Kreisen die Verwaltung der wesentlichen Verkehrsstrassen übertragen war, und somit die Exekutivgewalt sich bei den lokalen Kreisbehörden konzentrierte, war die Verwaltung in dem ehemals österreichischen Teil ziemlich zersplittert und daher recht wenig produktiv. Sowohl die Staats- und Landwege, als auch die Wege des Kreisbezirks hatten ihre eigene Verwaltung. Das bewirkte, dass in einem und demselben Kreis drei verschiedene Wegeinstanzen nebeneinander und daher oft gegeneinander arbeiteten.

Die Bestrebungen der polnischen Regierung, das Land zu industrialisieren und den wirtschaftlichen Verhältnisse der westeuropäischen Staaten anzupassen, mussten daher die Entwicklung eines entsprechenden Wege- und Verkehrsnetzes vorsehen. Es galt, als Vorbedingung für eine erspriessliche Arbeit die gesetzliche Unterlage und die Vereinheitlichung der bestehenden Verwaltung für den Wegebau zu schaffen. Daher versuchte man in den ersten Dekreten unmittelbar nach dem Kriege eine Zentralisierung der Verwaltung nach preussischem Muster durchzuführen, doch blieben diese Anordnungen der Regierung angesichts des ständigen Mangels an Mitteln sehr problematisch. Erst nachdem man in den letzten Jahren den ursprünglichen Grundsatz der Wirtschaftspolitik, den Wiederaufbau des Staates nur durch nationale Arbeit und nationales Kapital zu bewerkstelligen, verlassen und in den massgebenden Regierungskreisen erkannt hat, dass die Heranziehung fremder Kapitalien nicht zu vermeiden ist, zog man in grösserem Ausmasse als bisher Auslandsanleihen für Wiederaufbauzwecke heran. Da man mit Recht zweifelt, ob es gelingen wird, fremde Kapitalien für den Aus- und Umbau des vorhandenen Wegenetzes zu bekommen, ist man neuerdings dazu übergegangen, die Fertigstellung der wichtigen Eisenbahnmagistralen mit Auslandsanleihen zu finanzieren, um der Verbesserung des Wegenetzes um so besser eigene Mittel, insbesondere Steuermittel, zuführen zu können.

Ein besonderes Verdienst, diesen Weg angebahnt zu haben, gebührt Nestorowicz, der in einer Reihe von Abhandlungen und Vorträgen darauf hinwies, dass die dem Wegebau zu widmenden Steuermittel hinter den Verlusten weit zurückbleiben, die Handel, Industrie und Landwirtschaft alljährlich durch schlechte Wege erleiden, und die er auf ca. 900 Mill. zł veranschlagt. Um einen Masstab für die Unzulänglichkeit der Wege in weiten Teilen des Landes zu geben, ist darauf hinzuweisen, dass nur über 44 000 km gebahnter Wege vorhanden sind, und dass nach einem Bau von weiteren 82 000 km, also nach einer Verdreifachung des vorhandenen Netzes, die Dichtigkeit des preussischen Wegenetzes erreicht sein würde. Nestorowicz hat einen Gesamtplan für die Entwicklung des polnischen Wegenetzes und einen Kostenanschlag aufgestellt, der auf 10 Jahre berechnet ist und folgende Einzelheiten ergibt:

1. Ergänzung der Stärke der Oberfläche	10.7	Mill. zł
2. Umbau von 120 km Teilstrecken an der Peripherie der Städte	14.4	„ „
3. Teeren von 750 km jährlich	4.5	„ „
4. Ordentliche Ausgaben für die Instandhaltung von 13 200 km Staatswege	46.3	„ „
5. Ersatz der vorhandenen hölzernen Brücken durch Eisenbrücken oder Betonbrücken	56.0	„ „
6. Bau von 4 200 km neuer Wege	25.2	„ „
7. Zuschüsse an die Selbstverwaltungen (Instandhaltung von 31 300 km gebahnter Wege 12.5 Mill. zł; Bau von 1 700 km jährlich 21.5 Mill. zł; Brückenbau 36 Mill. zł)	69.8	„ „

Die Gesamtkostensumme ist auf 226.9 Mill. zł jährlich veranschlagt.

Zur Aufbringung dieser Summe wurden von Nestrowicz folgende Vorschläge gemacht:

1. Automobilsteuer	16.3	Mill. zł
2. 30prozentige Besteuerung der Autobusfahrkarten	23.0	„ „
3. Benzinsteuer	8.9	„ „
4. Zoll von Automobilen	25.2	„ „
5. Strafgelder bei Uebertretungen von Ordnungsvorschriften bei der Eisenbahn	0.5	„ „
6. Reklamegelder	1.0	„ „
7. Dotation des Staatsschatzes	60.0	„ „
zus.	134.0	Mill. zł

Der Ausgleich zwischen der im Kostenanschlag errechneten Summe (226.9 Mill. zł) und den für diesen Zweck aufzubringenden Mitteln (134 Mill. zł) erwartet Nestorowicz durch die Steigerung des Automobilverkehrs und durch den grösseren Verbrauch von Benzin usw. im Lauf der nächsten 10 Jahre herbeiführen zu können.

Dieses von Nestorowicz aufgestellte Finanzprogramm wurde mit ganz unwesentlichen Abweichungen zur Grundlage des Gsetzes über den „Wegefonds" gemacht. Das Gesetz sieht die Aufbringung der notwendigen Mittel auf folgende Weise vor:

1. Automobilsteuer	23.0	Mill. zł
2. Gebühren der Transportgesellschaften 3 Groschen pro Tonnen-km)	3.0	„ „
3. Steuern von Autobusfahrkarten	22.0	„ „
4. Dotationen des Staatsschatzes, die alljährlich im Budget veranschlagt werden		
5. Strafgelder bei der Uebertretung von Vorschriften	0.5	„ „
6. Reklamegelder	0.1	„ „
7. Aus der Realisierung der III. Serie der Dollarprämienanleihe (einmalig)	22.0	„ „

Schätzt man die Summe der Dotationen des Schatzamtes auf ca. 60 Mill. zł jährlich, so würden sich die alljährlich ausserdem noch aufzubringenden Mittel auf ca. 120 Mill. zł beziffern. Ferner ist die Zulassung einer Belastung des „Wegefonds" in der Höhe von ca. 400 Mill. zł, für welche der Staatsschatz die Garantie übernimmt, in dem Gesetz vorgesehen.

Die kritische Würdigung des Gesetzes über die Errichtung eines „Wegefonds" ist in der Oeffentlichkeit recht verschieden. Während die einen Zweifel hegen, ob die im Gesetz vorgesehenen Mittel ausreichen würden, um das gesteckte Ziel zu erreichen, glauben andere, dass die vorgesehene Steuersumme viel zu hoch bemessen ist. Es wird darauf hingewiesen, dass die anderen europäischen Staaten, obwohl sie über ein ausgebautes und qualitativ wertvolleres Netz verfügen, bedeutend mehr für Instandhaltung, Aus- und Umbau des Netzes ausgeben als wir. So betragen die Ausgaben pro km in Deutschland durchschnittlich jährlich 8900 zł, Oesterreich 7700 zł, in der Tschechoslowakei 6860 zł, während bei uns 2570 zł vorgesehen sind. Durch die Inanspruchnahme der Automobilsteuer in der vorgesehenen Höhe fürchtet man andererseits, den Automobilverkehr zu sehr zu belasten und hegt die Befürchtung, dass eine Verkehrsabwanderung zur Eisenbahn dadurch verursacht werden würde. In den interessierten Kreisen wie in der breiten Oeffentlichkeit ist man sich darüber einig, dass die vorgesehenen Wegebauten den Arbeitsmarkt ganz besonders zu entlasten und den wirtschaftlichen Aufschluss des Landes zu erleichtern vermögen. Die Pläne der Regierung sind zu begrüssen. Es wird gehofft, dass die Regierung die verlorene Zeit nachholen und im beschleunigten Tempo den Ausbau des Wegenetzes durchführen wird.

Silber in Not

Die zerfahrene Lage am internationalen Silbermarkt hat schon seit langem in allen Ländern Kopfzerbrechen gemacht und gerade im letzten Jahr eine Zuspitzung erfahren, die zu einer Lösung in irgendeiner Form drängt. Fraglos wäre eine Stabilisierung des Silberpreises weltwirtschaftlich gesehen ausserordentlich erwünscht, denn die Vorräte nehmen immer weiter zu und beeinflussen entsprechend den Preis. Wie sich dieser im abgelaufenen Jahr gestaltet hat, geht deutlich daraus hervor, dass der höchste Preis sich am 2. Januar 1930 auf 21⅝d für Kassa wie für Zweimonatslieferung stellte, während der niedrigste 14⅝d betragen hat, und zwar zu Silvester desselben Jahres. Mittlerweile hat er sich weiter ermässigt und ist jetzt auf 12⅜d am 20. Februar angelangt.

Das meiste Interesse, zu einer Stabilisierung des Silberpreises zu kommen, hat natürlich Amerika, das neben Mexiko das grösste silbergewinnende Land ist. An der Spitz der Initiative für eine Besserung der Lage am Silbermarkt betreibenden amerikanischen Kreise steht der unentwegte Senator Pittman, der auch den Gedanken ausformte, an China eine grosse Silberanleihe zu gewähren, um auf diese Weise dort den Silberverbrauch zu Währungszwecken zu steigern. Schon auf der im Jahre 1920 abgehaltenen Tagung der Internationalen Handelskammer in Amsterdam hatten die Amerikaner mit Emphase erklärt, dass sie zwar grundsätzlich bereit seien, China mit einer grossen Anleihe unter die Arme zu greifen, doch könne nach ihrer Ansicht eine solche Anleihe praktisch deshalb nicht in Frage kommen, weil das Land nicht in der Lage sei, die erforderlichen Sicherheiten zu stellen. Inzwischen haben sich die Dinge innerhalb knapp anderthalb Jahren derart gewandelt, dass die Silbernot die Amerikaner sozusagen zwang, den Chinesen eine solche Anleihe schmackhaft zu machen, da mittlerweile auch der Plan der Einberufung einer internationalen Silberkonferenz, der gleichfalls aus jener Ecke gekommen war, fallengelassen wurde. Auf jener Konferenz sollte vor allem die Frage der Valorisierung wenigstens eines Teils der Vorräte mit Hilfe englischen und amerikanischen Kapitals beraten und konkreten Formen zugeführt werden.

Die amerikanische Silberanleihe, die über mindestens 250 Millionen Golddollar lautete, aber in silbernen amerikanischen Scheidemünzen gewährt werden sollte, die dann in chinesische Scheidemünzen umzuwandeln wären, wurde aber von den Chinesen abgelehnt. Der chinesische Finanzminister brachte unzweideutig zum Ausdruck, dass China keine Anleihe wünsche, denn eine solche sei für das Land nur schädlich, da sie den an sich schon über Gebühr aufgeblähten Silbervorrat noch verdoppeln würde. Nach dieser enttäuschenden Ablehnung, die man vom chinesischen Standpunkt aus durchaus verstehen kann, ist natürlich in Amerika der Aerger gross. Der schon weiter oben erwähnte geschäftige Senator hat, wie soeben aus Washington gemeldet wird, eine Entschliessung im Bundessenat durchgebracht, in der vorgeschlagen wird, dass Präsident Hoover mit andern Ländern Verhandlungen anknüpfe mit dem Ziel, eine weitere Entwertung des Silbers sowie das für den Weltmarkt nicht tragbare Dumping von Silber durch Indien zu verhindern und die Herstellung von Geldstücken mit ungenügendem Silbergehalt zu verbieten. Die Entschliessung empfiehlt ferner die Einberufung einer internationalen Konferenz, um ein Uebereinkommen über die Verwendung des Silbers als Umlaufmittel zu erzielen.

Die Entschliessung ist durch. Hoover wird sich ihrer annehmen, eine internationale Konferenz ist zum zweitenmal in Vorbereitung — wird dies eine Lösung bringen? Man bedenke bei alledem, dass die Bestrebungen der asiatischen Staaten, in denen Silber als Zahlungsmittel allein noch eine erhebliche Rolle spielt, immer mehr darauf hinauslaufen, zur Goldwährung überzugehen. Sie werden ganz einfach dazu gezwungen, da Silber als Währungsmetall sich wegen seiner starken Preisschwankungen immer mehr selbst ausschaltet.

Lodz erhöht die Fleischpreise

Infolge des von uns gemeldeten Steigens der Viehpreise um 10—25 Prozent hat der Magistrat der Stadt Lodz die Kleinverkaufspreise für Fleisch und Räucherwaren um 5—22 Prozent heraufgesetzt. Die Erhöhungen sind sofort (am 23. Februar) in Kraft getreten.

Konvertierung der kurzfristigen Landwirtschaftskredite gefordert

D.P.W. Am 16. d. Mts. fand in Warschau unter dem Vorsitz des früheren polnischen Premierministers Grabski eine Konferenz statt, in welcher der Direktor der staatlichen Wirtschaftsbank einen Vortrag über die finanzielle Lage der polnischen Landwirtschaft gehalten hat. Den Ausführungen des Vortragenden entnehmen wir, dass von einer Gesamtverschuldung mit kurzfristigen Krediten in Höhe von 4 Milliarden Złoty 1 Milliarde Złoty, d. i. 25 Prozent, auf die polnische Landwirtschaft entfallen. Unter der geringen Flüssigkeit dieser Kredite leide der ganze Geldmarkt Polens. Der Referent, welcher in der landwirtschaftlichen Kreditpolitik Polens eine grosse Rolle spielt, fordert eine möglichst sofortige Konvertierung der kurzfristigen Kredite in mittel- oder langfristige Verbindlichkeiten. Der Referent sieht als einzige Konvertierungsmöglichkeit die Aufnahme von Auslandsanleihen, da die Inlandsmittel zu gering seien, um dieses für Polen so wichtige Problem aus eigenen Kräften zu lösen.

Dieselbe Konferenz beschloss ferner, bei der polnischen Regierung zu beantragen, mit sofortiger Wirkung das Gesetz über den Geldwucher zu beseitigen.

Die Agrarreform wird gemildert

Grundsätzliche Novellierung des Gesetzes

Die von uns vor einiger Zeit gebrachte Meldung über eine geplante Aenderung des Agrarreformgesetzes bestätigt sich. Die Regierung arbeitet gegenwärtig an der Fertigstellung der Novelle, um sie noch in dieser Saison dem Sejm vorzulegen. Vor allem ist eine **Verminderung der jährlichen Parzellierungsfläche um die Hälfte**, von 200 000 ha auf 100 000 ha, vorgesehen. Diese Verminderung hat sich als notwendig erwiesen, da sich herausgestellt hat, dass das bisherige schnelle Tempo der Agrarreform zu starke Erschütterungen für die Gesamtwirtschaft mit sich bringt. Andere vorgesehene Aenderungen betreffen die Namensliste, die, wie wir bereits meldeten, in Zukunft nicht mehr veröffentlicht wird.

Neue Zollerhöhungen in Oesterreich

Die österreichische Zollnovelle enthält ausserordentliche Agrarzollerhöhungen. Der neue Mehlzoll würde die jetzigen Mehlpreise um 70 Prozent erhöhen. Auch die Industriezölle enthalten starke Steigerungen, vielfach um 100 Prozent. Insbesondere die Zölle für alle tschechischen Exportwaren sind bedeutend erhöht. Die Zollnovelle enthält mancherlei Konfliktstoffe.

Im einzelnen sieht der Entwurf der Zolltarif-Novelle eine Reihe von Erhöhungen sowohl der agrarischen wie der industriellen Position des geltenden Tarifes vor. Viele Positionen sind aber derzeit vertraglich gebunden. Im Vergleich mit den geltenden Sätzen (der allgemeinen und der Vertragszölle) lauten die wichtigsten neuen Sätze für 100 kg in Goldkronen (in Oesterreich sind die Zölle vorläufig noch auf Goldkronen abgestellt, wobei eine Goldkrone gleich 85 Pfennig gilt):

Farnzucker 34 (24—12), Weizen, Roggen und Gerste 6 (6—2), Futtergerste 3, Hülsenfrüchte 4.80 (3—1.50), Kartoffeln 3 (3—0), Rübenzucker 2 (0—0), Futterrüben 10 (10—1), Schlachtvieh 30 (15—3.5), Nutz- u. Schlachtvieh 150 (75—50), Jungvieh 90 (45—35), Kälber 18 (8 bis 4), Geflügel (lebend) 20 (12—5), Geflügel (tot) 40 (25—8), Süsswasserfische (frisch) 40 (40—0), Fleisch (gesalzen) 70 (36—4), Fleischkonserven 100 (50—24), andere Konserven 160 (120—63.5).

Aus der Gruppe der Textilzölle betreffen die wichtigsten Aenderungen die Sätze für Möbelstoffe 600 (450—400), Samt, roh 280 (300—150), Samt, gefärbt 420 (300—150). Erhöhungen sind ferner vorgesehen bei damastenen Fussteppichen und schliesslich bei wollenen Webwaren, bei denen die neuen Sätze wie folgt gestuft sind: im Gewicht von 700 kg 230, unter 750 kg 220, unter 450 kg 320 plus 12 Prozent und unter 200 kg 320 plus 12 Prozent.

Die neuen Zollsätze bei Papier betreffen u. a. Packpapier 3 (3—0), Waren aus Papier, Pappe und Papiermasse in Verbindung mit feinsten Stoffen 300 (240 bis 200).

Die neuen Sätze für Maschinen und Apparate betreffen u. a.: Dampfmaschinen, wo eine Erhöhung von 10—40 Prozent, und zwar von 32 bis 110 auf 40—180 vorgesehen ist. Bei Dynamomaschinen und Elektromotoren ist eine Steigerung von 32—96 Goldkronen vorgesehen. Bei ruhenden Transformatoren betragen die Erhöhungen von 55—140 auf 60—175 Goldkronen.

In der Hauptgruppe der Chemikalien betreffen die neuen Sätze Verbandsstoffe von 100 auf 280, Watten von 40 auf 60, Farben von 14 auf 20, Lacke von 120 auf 150 Goldkronen.

Posener Viehmarkt.

Posen, 24. Februar 1931.

Auftrieb: Rinder 857, (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe —), Schweine 2543, Kälber 610, Schafe 163, Ziegen —, Ferkel — Zusammen 4173.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Viehmarkt Posen mit Handelsunkosten).

Rinder:

Ochsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt	92—100
b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren	80—88
c) ältere	66—74
d) mäßig genährte	50—56
Bullen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	86—94
b) Mastbullen	74—82
c) gut genährte, ältere	60—70
d) mäßig genährte	50—56
Kühe:	
a) vollfleischige, ausgemästete	92—100
b) Mastkühe	80—90
c) gut genährte	60—70
d) mäßig genährte	40—50
Färsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	90—94
b) Mastfärsen	78—86
c) gut genährte	66—76
d) mäßig genährte	50—56
Jungvieh:	
a) gut genährtes	50—56
b) mäßig genährtes	40—50
Kälber:	
a) beste ausgemästete Kälber	92—100
b) Mastkälber	78—88
c) gut genährte	64—76
d) mäßig genährte	50—60
Schafe:	
a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel	130—140
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe	104—120
c) gut genährte	86—90
d) alte Mutterschafe	70—80
Mastschweine:	
a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	132—140
b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	124—130
c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	112—120
d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg	100—110
e) Sauen und späte Kastrate	108—120
f) Bacon-Schweine	110—118

Marktverlauf: ruhig.

Vieh und Fleisch. Warschau, 23. Februar Schweinenotiz Lebendgewicht nach der Versicherungskasse für 1 kg 1.30—1.50 zł. Aufgetrieben wurden 1102 Stück. Rest des Vormarktes 258 Stück. Grosser Auftrieb bei geringem Bedarf. Tendenz: unklar.

Handelszeitung des Posener Tageblatts

Märkte.

Getreide. Posen, 24. Februar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań.

Transaktionspreise:

Roggen 75 to	18.90
Roggen 15 to.	18.85
Roggen 15 to	19.00
Weizen 15 to.	23.40

Richtpreise:

Weizen	22.75—23.25
Mahlgerste	19.50—20.50
Braugerste	24.00—26.00
Hafer	17.50—18.50
Roggenmehl (65%)	28.50
Weizenmehl (65%)	37.00—40.00
Weizenkleie	13.00—14.00
Weizenkleie (dick)	14.25—15.25
Roggenkleie	12.50—13.50
Rübsamen	38.00—40.00
Sommerwicke	28.00—31.00
Peluschken	32.00—35.00
Viktoriaerbsen	24.00—28.00
Seradella	62.00—68.00
Blaulupinen	19.00—21.00
Gelblupinen	29.00—32.00
Klee, rot	200.00—300.00
Klee, weiss	270.00—370.00
Klee, schwedisch	180.00—210.00
Klee, gelb, ohne Schalen	110.00—125.00
Klee, gelb, in Schalen	58.00—65.00
Timothyklee	80.00—100.00
Raygras	95.00—110.00
Senf	42.00—47.00
Buchweizen	24.00—27.00

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 70 t, Weizen 300 t, Gerste 75 t, Hafer 15 t.

Getreide. Warschau, 23. Februar. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau. Die Kurse sind auf Grund der Marktpreise für 100 kg in Złoty, Parität Waggon Warschau, festgesetzt: Roggen 17.75 bis 18.50, Weizen 25—26, Einheitshafer 19.50—21, Sammelhafer 18—19, Grützgerste 17.50—18.50, Braugerste 23.50—24.50, Weizenluxusmehl 50—60, Weizenmehl 4/0 40—50, Roggenmehl nach Vorschrift 32—34, mittlere Weizenkleie 13.50—14.50, Roggenkleie 11.50—12, Leinkuchen 28—29, Rapskuchen 18—19, Feldspeiseerbsen 24—27, Viktoriaerbsen 29—33, Rotklee 270—340, Weissklee 270—350, Wicken 29—31, Seradella 55—63, Peluschken 34—36. Geringere Umsätze bei behaupteter Tendenz.

Produktenbericht. Berlin, 23. Februar. Ruhig, aber ziemlich stetig. Bereits am Schlusse der Sonnabendbörse hatte sich im Produktenverkehr eine merkliche Beruhigung geltend gemacht, da nach den Preissteigerungen der Vortage Neigung zu Realisationen bestand. Auch heute war das Geschäft recht ruhig, da die Käufer den unverändert hohen Forderungen der ersten Hand zurückhaltend gegenüberstanden. Zu marktmässigen Preisen war das Inlandsangebot allerdings weiter gering. Für Weizen blieb das Preisniveau etwa gehalten, dagegen lauteten die Gebote für prompten Roggen etwa 1 Mark niedriger. Im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft setzten die Preise für beide Brotgetreidearten bis 0.50 Mark, für Hafer bis 1 Mark niedriger ein. Das Mehlgeschäft gestaltete sich gleichfalls ruhiger, da der Konsum den Preissteigerungen der Mühlen nur zögernd folgt. Die Forderungen lauteten unverändert. Hafer war bei mässigem Angebot im Preise auch kaum behauptet. Von Gersten finden feinste Brausorten etwas Beachtung.

Warschauer Börse

Warschau, 23. Februar. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.9125, Goldrubel 4.765, Tscherwonetz 0.595 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen: New York 8.919, Belgrad 15.71, Berlin 212.10, Budapest 155.70, Danzig 173.30, Helsingfors 22.45½, Spanien 94.50, Kairo 44.47, Riga 171.75, Sofia 6.47½, Tallinn 237.45, Montreal 8.918.

Fest verzinsliche Werte

	23. 2.	21. 2.
5% Dollarprämien-Anleihe (II. Serie (5 Doll.)	—	—
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł)	50.00	49.50
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	72.00	71.50
10% Eisenbahn-Konvert.-Anleihe (100 zł)	—	103.00
5% Eisenbahn-Anleihe (100 G.-Fr.)		—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł)	96.00	—
7% Stabilisierungsanleihe	—	—

Industrieaktien

	23. 2.	21. 2.		23. 2.	21. 2.
Bank Polski	153.00	153.00	Węgiel	—	32.25
Bank Dyskont.	—	—	Nafta	—	—
Bk. Handl. i W.	—	108.00	Polska Nafta	—	—
Bk. Zachodni	—	—	Nobel-Stand.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Cegielski	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	21.25	—
Puls	—	—	Modrzejów	—	—
Spies	—	—	Norblin	—	—
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Elektr. Dąbr.	—	—	Ostrowieckie	46.00	45.00
Elektryczność	—	—	Parowozy	—	—
P. T. Elektr.	—	—	Pocisk	—	—
Starachowice	—	11.75	Rohn	—	—
Brown Boveri	—	—	Rudzki	—	—
Kabel	—	—	Stąporków	—	—
Siła i Światło	—	73.00	Ursus	—	—
Chodorów	—	—	Zieleniewski	—	—
Czersk	—	—	Zawiercie	—	—
Częstocice	—	—	Borkowski	—	—
Goslawice	—	—	Br. Jabłków	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	—	—
W. T. F. Cukru	30.50	—	Herbata	—	—
Firley	—	—	Spirytus	—	—
Łazy	—	—	Żegluga	—	—
Wysoka	—	—	Majewski	—	—
Sole Potasowe	—	90.00	Kijewski	—	—
Drzewo	—	—	Mirków	—	—

Tendenz: uneinheitlich.

Amtliche Devisenkurse

	23. 2. Geld	23. 2. Brief	21. 2. Geld	21. 2. Brief
Amsterdam	357.28	359.08	357.20	359.00
Danzig	—	—	—	—
Berlin*)	211.90	212.49	—	—
Brüssel	124.15	124.77	124.09	124.71
Helsingfors	—	—	—	—
London	43.25	43.4650	43.23	43.45
New York (Scheck)	—	—	8.898	8.938
Paris	34.91	35.08	34.90	35.08
Prag	26.37	26.50	26.36	26.49
Rom	46.61	46.84	46.60	46.84
Kopenhagen	238.13	239.33	—	—
Stockholm	238.35	239.55	238.30	239.50
Oslo	238.20	239.40	—	—
Bukarest	5.2950	5.3250	—	—
Budapest	—		—	—
Wien	125.07	125.69	125.07	125.69
Zürich	171.63	172.49	171.65	172.51

*) Ueber London errechnet.

Tendenz: Europa fester.

Danziger Börse.

Danzig, 23. Februar. Reichsmarknoten 122.40, Złotynoten 57.68, London 25.00, Dollarnoten 5.1460.

Am Devisenmarkt war das Pfund heute mit 25.00 für Scheck London notiert. Reichsmarknoten 122.40, Auszahlung Berlin 122.34, Dollarnoten 5.1409—1511. Złotynoten 57.62—74, Auszahlung Warschau 57.61—73.

(Schlusskurse) Posener Börse

Fest verzinsliche Werte

Notierungen in %	24. 2.	23. 2.
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł.)	—	—
5% Konvertierungsanleihe (100 zł.)	49.50G	49.50G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Franken)	—	—
6% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 G.-zł)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw. Fr.)	—	—
8% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zł) v. J. 1929	—	—
8% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zł) v. J. 1926	—	—
8% Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 D.)	86.75	87.00B
4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (100 zł)	36.00G	36.50G
8% Amortisations-Dollarpfandbriefe	—	—
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.-Br. der Pos. Ldsch. (1 D.-Zentner)	—	14.25G
3% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Pos.Pr.-Obl. m. p.Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar)	—	—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł)	—	96.00G
8% Hypothekenbriefe	—	

Tendenz: behauptet.

Industrieaktien

	24. 2.	23. 2.		24. 2.	23. 2.
Bank Polski	151.00G	—	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H. Kantorowicz	—	—
Bk. Przemysł.	—	—	Herzf. Viktor.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P. Bk. Ziemian	—	—	Dr. Roman May	27.00	—
Bk. Stadthagen	—	—	Młyn Wągrow.	—	—
Arkona	—	—	Młyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Sp. Stolarska	—	—
Brzeski-Auto	—	—	Tri	—	—
Cegielski H.	—	—	Unja	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Centr. Skór	—	—	Płótno	—	—
Cukr. Zduny	—	—	P. Sp. Drzewna	—	—
Goplana	—	—	Wyr. Cer. Krot.	—	—
Gródek Elektr.	—	—	Zw. Ctr. Masz.	—	—

Tendenz: behauptet.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 24. Februar. (R.) Bei der Spekulation herrschte heute im Zusammenhang mit dem Liquidationstag stärkste Zurückhaltung. Der Feiertag in New York liess Anregungen fehlen, doch meldeten die Auslandsbörsen heute eher festere Kurse. Von Prämien-Ware war kaum etwas zu merken und die Arbitrage kaufte eher. Die ersten Kurse waren relativ behauptet und ohne grosse Abweichungen gegen gestern. Geld weiter relativ leicht, Tagesgeld 4—6, vereinzelt 3¾ Prozent, Monatsgeld 6—7½ Prozent, Geld über Ultimo 6—8, Warenwechsel 5¼ Prozent. Nach den ersten Kursen schwächer, da einerseits innerpolitische Sorgen auftauchten, andererseits die Schwäche der A.G. für Verkehrswesen verstimmte.

Industrieaktien

Anfangskurse 12 Uhr mittags.

	24. 2.	23. 2.		24. 2.	23. 2.
Accumulator	—	—	Laurahütte	—	—
Adlerwerke	—	—	Lorenz	—	—
Aschaffenburg	—	—	Motor. Deutz	—	—
Bemberg	62.00	62.50	Nordd. Wolle	57.75	57.75
Berger. Tiefb.	—	—	Pöge, Eltr.-W.	—	—
Dt. Kabelw.	—	—	Riedel	—	—
Dt. Wolle	—	—	Sachsenwerke	—	—
Dt. Eisenhd.	—	—	Sarotti	—	—
Feldmühle	109.00	109.00	Schl. Bgb. u. Zk.	—	—
Körting, Gebr.	—	—	Schl. Textil	—	—
Hohenlohe	—	—	Schub. u. Salz.	149.50	150.00
Humboldt	—	—	Stollb. Zink	—	—
Lahmeyer	—	—			

Tendenz: geschäftslos.

Terminpapiere

Anfangskurse 12 Uhr mittags.

	24. 2.	23. 2.		24. 2.	23. 2.
Dt. R.-Bahn	87.87	88.12	Ges. f. e. Unt.	110.62	112.25
A.G.f. Verkehr	—	—	Goldschmidt	—	—
Hamb. Amer.	64.37	64.25	Hbg. Elkt. W.	107.75	—
Hamb. Südam.	130.00	130.75	Harpen. Bgw.	71.00	71.00
Hansa	—	—	Hoesch	63.50	—
Nordd. Lloyd	66.00	67.25	Holzmann	79.25	80.00
Al. Dt. Kr. Ants.	95.75	99.50	Ilse Bergbau	172.50	168.00
Barmer Bank	100.25	100.00	Kali Asch.	129.37	131.50
Berl. Hls. Ges.	123.25	—	Klöcknerw.	55.75	57.25
Com. u. Pr. Bk.	107.50	108.00	Köln-Neuess.	69.25	—
Darmst. Bank	134.75	—	Mannesmann	67.75	68.12
Deutsch. Bank	106.00	106.00	Mansf. Bergb.	36.12	36.37
Disc.-Ges.	—	—	Metallwaren	—	76.00
Dresdner Bank	106.00	106.00	Nat. Auto-Fb.	—	—
Mtdtsch. K. Bk.	—	—	Obschl. Eis.-Bd	35.12	—
Reichsbk. „Neue	158.00	156.00	Obsch. Koksw.	73.62	74.00
Schulth. Patz.	174.50	176.25	Orenst. u. Kop.	47.00	47.75
A. E. G.	102.25	103.00	Ostwerke	—	—
Bergmann	—	115.75	Phönix Bgbau	54.75	55.87
Berl. Masch.-F.	34.75	36.00	Rh. Braunkoh.	157.25	159.75
Buderus	48.00	—	Rh. Elktr.-W.	112.00	—
Cop. Hisp Am.	280.25	284.00	Rh. Stahlw.	72.87	71.87
Charl. Wasser	39.50	90.00	Riebeck	—	—
Conti Cautch	112.75	—	Rütgerswerke	49.25	50.62
Daimler-Benz	23.75	24.25	Salzdetfurth	201.50	205.00
Dessauer Gas	115.75	116.25	Schl. Elek.-W.	110.75	111.00
Dt. Erdöl-Ges.	67.50	68.62	Schuck. u. Co.	123.00	123.25
Dt. Maschinen	—	—	Siem. u. Halske	182.25	182.00
Dynam. Nobel	—	—	Tietz, Leonh.	111.50	113.25
El. Lief.-Ges.	120.00	118.87	Transradio	—	—
El. Licht u. Kr.	115.00	118.00	Ver. Glanzstoff	—	—
Essen. Steink.	—	—	Ver. Stahlw.	57.75	58.00
I. G. Farben	138.25	139.62	Westeregeln	—	139.00
Felten u. Guill.	81.87	—	Zellst. Waldh.	96.50	96.00
Gelsenk. Bgw.	76.00	75.75	Otavi	35.00	35.50

	24. 2.	23. 2.
Ablös.-Schuld	53.12	53.12
Ablös.-Schuld ohne Auslösungsrecht	5.30	5.00

Amtliche Devisenkurse

	23. 2. Geld	23. 2. Brief	20. 2. Geld	20. 2. Brief
Buenos Aires	1.380	1.384	1.376	1.380
Bukarest	2.498	2.502	2.499	2.505
Canada	4.202	4.210	4.202	4.210
Japan	2.082	2.086	2.083	2.087
Konstantinopel	—	—	—	—
London	20.415	20.455	20.417	20.457
New York	4.2035	4.2115	4.2040	4.2120
Rio de Janeiro	0.363	0.365	0.361	0.363
Uruguay	2.917	2.923	2.917	2.923
Amsterdam	168.63	168.97	168.65	168.99
Athen	5.445	5.455	5.445	5.455
Brüssel	58.58	58.70	58.585	58.705
Danzig	81.65	81.81	81.61	81.77
Helsingfors	10.577	10.597	10.576	10.596
Italien	22.00	22.04	21.995	22.035
Jugoslavien	7.400	7.414	7.400	7.414
Kopenhagen	112.39	112.61	112.39	112.61
Lissabon	18.84	18.88	18.84	18.88
Oslo	112.40	112.62	112.40	112.62
Paris	16.468	16.508	16.473	16.513
Prag	12.453	12.473	12.448	12.468
Schweiz	81.01	81.17	81.035	81.195
Sofia	3.044	3.050	3.046	3.052
Spanien	44.74	44.82	43.66	43.74
Stockholm	112.49	112.71	112.50	112.72
Tallinn	111.89	112.11	111.89	112.11
Budapest	73.30	73.44	73.35	73.49
Wien	59.045	59.165	59.05	59.17
Kairo	20.93	20.97	20.935	20.975
Reykjawik 100 Kronen	92.03	92.21	92.03	92.21
Riga	80.92	81.08	80.90	81.06
Kaunas (Kowno)	41.98	42.06	41.98	42.06
Warschau	—	—	—	—

Ostdevisen. Berlin, 23. Februar. Auszahlung Posen 47.00—47.20 (100 Rm. = 211.86—212.77), Auszahlung Kattowitz 47.00—47.20, Auszahlung Warschau 47.00—47.20.

Lissa

k. **Der gestrige Montag-Wochenmarkt** war in allen Teilen äußerst schwach beschickt, und auch die Kauflust ließ viel zu wünschen übrig. Das Pfund Butter kostete 2.00 bis 2.20, Weißkäse 0.30, Eier die Mandel 2.00 bis 2.20. Auf dem Gemüsemarkt zahlte man für Grünkohl 0.35—0.45, rote Rüben 0.10, Rosenkohl 0.35—0.50, Mohrrüben 0.10, Wruken 0.10, Spinat 0.50, Zwiebeln 0.15—0.25, Wirsingkohl 0.25 bis 0.35. Der Kopf Weißkohl kostete je nach Größe 0.30—0.50. Das Angebot am Geflügelmarkt war bei verhältnismäßig hohen Preisen reichlich. Man forderte für ein Huhn 3.00—5.50, für ein Paar Tauben 1.80—2.50. Der schwache Absatz und das schlechte Wetter machten dem Markt ein vorzeitiges Ende.

k. **Vertretung für den hiesigen Kreisarzt.** Das Landratsamt gibt bekannt, daß der Kreisarzt von Rawitsch, Dr. Łuczkowski, bis auf Widerruf jeden Sonnabend von 10 Uhr vormittags ab im hiesigen Landratsamt die laufenden Geschäfte für den Kreisarzt erledigen wird. In besonders dringenden Fällen kann man sich an Herrn Kreisarzt Dr. Łuczkowski-Rawitsch direkt wenden.

k. **Bestätigte Schulzenwahlen.** Der Landrat des Kreises Lissa hat folgende Schulzenwahlen bestätigt: Landwirt Ignatz Korbas als Schulze der Gemeinde Wilkowo, Kreis Lissa, auf die Dauer von sechs Jahren; Landwirt Tomas Biernaczyk als Schulze der Gemeinde Belęcin-Stare, Kreis Lissa, auf die Dauer von drei Jahren; Landwirt Franz Samol als Schulze der Gemeinde Sądzia, Kreis Lissa, auf die Dauer von drei Jahren.

k. **Die „Deutsche Bühne Wollstein"** wird am Sonntag, dem 8. März, im Saale von Wolfsruhm (Grody Leszczyńskie) einen dreiaktigen Schwank unter dem Titel „Der keusche Lebemann" zur Aufführung bringen. Eintrittskarten sind im Vorverkauf bei Frau Senf (Markt) schon jetzt zu haben. Die Eintrittspreise sind sehr niedrig bemessen (1—2.50 Zloty).

k. **Auszeichnung.** Am vergangenen Sonnabend, Sonntag und Montag fand im Posener Zoo eine Kleintierausstellung statt. Herr Dr. Helm-Lissa erhielt bei der Hühnerausstellung den ersten Preis für seine Rhodeländer und eine bronzene Medaille für englische Zwergkröpfer-Tauben.

Inowrocław

z. **Konkurseröffnung.** Ueber das Vermögen der Firma Franciszek Perliński in Inowrocław ist am 16. Februar 1931 mittags 12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden. Zum Konkursverwalter ist der hiesige Kaufmann Leon Masłowski, Król. Jadwigi 26, ernannt worden. Die Gläubiger wollen ihre Forderungen bis zum 15. März 1931 spätestens beim hiesigen Amtsgericht anmelden.

z. **4 Monate Gefängnis wegen Diebstahl.** Vorgeführt wird aus dem Arrest ein in den zwanziger Jahren stehender junger Mann, ein Roman Roszak aus Lodz, Bäcker von Beruf, der aber weder lesen noch schreiben kann. Auch seinen Geburtstag weiß er nicht. Arbeit ist ihm unsympathisch, darum geht er stehlen. Auf seiner Wanderung kam er auch nach Kobylniki in das Haus eines Herrn Funk, und da dort nur die Kinder anwesend waren, ergriff er eine Brieftasche mit Dokumenten im Werte von 600 Złoty, womit er schleunigst verschwand. Der Angeklagte gesteht seine Schuld ein. Der Staatsanwalt beantragt 10 Monate Gefängnis. Nach kurzer Beratung erhält der Angeklagte 4 Monate Gefängnis, wobei die Untersuchungshaft angerechnet wurde.

z. **3000 Arbeitslose in Inowrocław.** Die Zahl der Arbeitslosen in Inowrocław hat jetzt den Höchststand von 3000 erreicht. Von der Volksküche werden täglich 800 Mittage an die Familien der Arbeitslosen verteilt, die Garnison stellt 60 Mittage zur Verfügung. 100 Liter Milch werden täglich an die Kinder der Arbeitslosen verteilt. Der hiesige Magistrat im Verein mit dem Hilfskomitee für die Arbeitslosen versucht weitere Hilfsmaßnahmen einzuleiten, um der Not zu steuern.

Kurnik

♂ Am Donnerstag, dem 19. d. Mts., hat die Stadt Kurnik ihren ehemaligen Bürgermeister beerdigt, der kürzlich durch Herzschlag im Beisein seines Hausarztes gestorben ist. Herr Bürgermeister Hermann Beyer, welcher auf seinem Besitztum in Kurnik lebte, verlor erst vor einigen Monaten seine Frau. Auch die Stadtverordneten und der Magistrat mit dem Herrn Bürgermeister an der Spitze bekundeten ihre Anhänglichkeit durch ihre Teilnahme an der Beerdigungsfeier.

Gostyń

♂ **Der Jahrmarkt,** welcher hier am 26. d. Mts. stattfinden soll, wird nicht an der alten Stelle, sondern auf dem freien Platze „Dobra myśl" abgehalten werden. Die Standgeld-Einnehmer haben Anweisung, alle Viehbesitzer hierauf aufmerksam zu machen und nach dort zu weisen. — **Einen unangenehmen Besuch** haben Diebe dem Besitzer des Rittergutes Pozegowo abgestattet. Sie nahmen nämlich zwölf gemästete fette Gänse mit. Mit Hilfe der Polizei sind Ermittlungen angestellt worden, die jedoch ohne Erfolg geblieben sind.

Koschmin

✕ **Großes Schadenfeuer.** Sonnabend brach bei dem Landwirt Stanisławski in Zalesie Wielkie ein Scheunenbrand aus, der dann auch auf den Stall und die anderen Gebäude übergriff. Alles lebende und tote Inventar ist verbrannt. Der Schaden beläuft sich auf etwa 9000 Zloty, der aber durch Versicherung gedeckt ist. Die Brandursache ist bis jetzt nicht ermittelt.

Schroda

✕ **Tragischer Tod.** Auf tragische Weise kam in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ein Bewohner unserer Stadt, Herr Krystofowicz, ums Leben. In seiner Wohnung erfolgte eine Gasexplosion, worauf er einen Herzschlag bekam und verstarb.

Posener Kalender

Wohin gehen wir heute?

Theater:

Teatr Wielki.

Dienstag, 24. 2.: „Die Teufelsmühl".
Mittwoch, 25. 2.: „Die schöne Helena".
Donnerstag, 26. 2.: „Verbum Nobile und Flis".

Teatr Polski.

Dienstag, 24. 2.: „Von bösen und guten Frauen".
Mittwoch, 25. 2.: „Von bösen und guten Frauen".
Donnerstag, 26. 2.: „Frau Minister".

Teatr Nowy.

Dienstag, 24. 2.: „Menschen im Hotel".
Mittwoch, 25. 2.: „Menschen im Hotel".

Kinos:

Apollo: „Das Mädchen vom Mont Parnaß".
Casino: „Pat und Patachon als blinde Passagiere".
Colosseum: „Wenn die Großstadt schläft".
Metropolis: „Das indische Grabmal".
Odeon: „Der Giftmischer". — Konrad Veidt.
Renaissance: „Die Helden des Meeres".
Słońce: „Der Student aus Stockholm".
Wilson: „Adieu Mascotte".

Briefkasten der Schriftleitung

Sprechstunden in Briefkastenangelegenheiten nur werktäglich von 11 bis 12 Uhr.

B. P. Der Stempelsteuer unterliegen die Prämienzahlungen in Höhe von 2 Prozent der Jahressumme und die Zahlungen der Versicherungsgesellschaft in Höhe von 1 Prozent der Jahressumme.

S. M. Nr. 100. 1. Der Mietsvertrag muß verstempelt werden. 2. und 3. Die Stempelsteuer beträgt 1 Prozent, also einschl. 10prozentigem Zuschlag 7,92 Zloty, wenn der Vertrag nur auf ein Jahr lautet. Enthält der Vertrag die Klausel, daß er automatisch verlängert werden kann, so muß er für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren verstempelt werden. 4. Ihnen steht das Recht der Berufung gegen die Veranlagung zu, die selbstverständlich für Sie günstige Aussichten hat, wenn der Vertrag nur für ein Jahr gilt. P.

K. M. Sie haben jetzt, wo Ihre Wirtschafterin neben freier Station 40 Zloty Monatsgehalt bekommt, Invalidenmarken zu 75 gr zu kleben.

R. R. in N. Dem Hofgänger müssen Sie natürlich den kontraktlichen Lohn geben, da er ja seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Anders liegt die Sache beim arbeitsunfähigen Vater. Da er sich schon seit dem 1. April 1930 in der Gemeinde befindet, ist er ortsansässig. Melden Sie die Sache dem Wójt. Die Gemeinde hat für Kranke zu sorgen. — In allen schwierigen landwirtschaftlichen Fragen erhalten Sie sachgemäßeste und kostenlose Beratung durch die Welage, Poznań, Piekary 16/17, wenn Sie Mitglied sind.

Nachtdienst der Aerzte. In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte", ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telephon 5555 erteilt.

Nachtdienst der Apotheken vom 21. bis 28. Februar. Altstadt: Apteka Czerwona, Stary Rynek 37; Apteka Zielona, ul. Wrocławska 31; Apteka 27 Grudnia, ul. 27 Grudnia 18; Apteka im. Marcinkowskiego, ul. Nowa. — Lazarus: Apteka Łazarska, ul. Maleckiego 26. — Jersitz: Apteka pod Gwiazdą, ul. Kraszewskiego 12. — Wilda: Apteka pod Koroną, Górna Wilda 61. — Ständigen Nachtdienst haben: Solatsch-Apotheke, Mazoweicka 12, die Apotheke in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abend), die Apotheke in Główno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, die Apotheke der Eisenbahnkrankenkasse, St. Martin 18, und die Apotheke der Stadtkrankenkasse, ul. Pocztowa 25.

Wetterkalender

der Posener Wetterwarte für Dienstag, 24. Februar

Heut 7 Uhr früh: Temperatur der Luft 0 Grad. Nordwestwinde. Barometer 759. Bewölkt.

Gestern: Höchste Temperatur + 2, niedrigste — 1 Grad Cels. Niederschläge 2 mm.

Wettervoraussage für Mittwoch, den 25. Februar

Beständiges, zeitweise heiteres Wetter mit Nachtfrösten.

Rundfunkecke

Rundfunkprogramm für Donnerstag, 26. Februar.

Posen. 7: Morgengymnastik. 7.15: Morgenzeitung. 12: Zeitsignal. 12.35: Von Warschau: Konzert für die Schuljugend. 14: Börsennotierungen. 14.15: Landwirtschaftliche Berichte. 17.45: Von Warschau: Konzert. 20.15: Beiprogramm. 20.30: Solistenkonzert. 21.30: Von Warschau: Hörspiel.

Breslau-Gleiwitz: 9.05: Von Gleiwitz: Schulfunk. 12.35: Was der Landwirt wissen muß. 15.35: Kinderfunk. 16: Bulgarische Musik (Schallplatten). 16.30: Das Buch des Tages. 16.45: Gesungene Walzer (Schallplatten). 17.15: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht. Anschließend: Das wird Sie interessieren. 18.30: Wetter für die Landwirtschaft. Anschließend: Russische Tonsetzer. Funkkapelle. 22: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22.25—0.30: Alte und neue Tanzmusik.

Königswusterhausen. 10.10: Schulfunk. 12: Berühmte Dirigenten (Schallplatten). 14: Von Berlin: Schallplatten. 15: Kinderstunde. 15.45: Frauenstunde. 16: Pädagogischer Funk. 16.30: Von Berlin: Konzert. 18.30: Hochschulfunk. 19.25: Stunde des Landwirts. 20.30: „Oesterbottner" Oper in drei Akten. 22.15: Wetter, Nachrichten und Sport. Anschließend: Von Berlin: Tanzmusik.

Verschneite Pässe

Gefahren im Schnee

Vom Verkehr abgeschnitten

Genf, 23. Februar.

Infolge der gewaltigen Schneefälle ist das Tal der Visp von St. Nikolaus bis nach Zermatt **vollständig vom Verkehr abgeschnitten. Auch die Telephonverbindung mit Zermatt ist unterbrochen,** so daß dieser Ort zurzeit keinerlei Verbindung mit der Außenwelt erhalten kann. Andermatt ist ebenfalls vom Verkehr abgeschnitten, andererseits funktioniert die Telephonverbindung dorthin. Die hohen Pässe sind sämtlich gesperrt.

Auf dem Oberalp-Paß, dem Gotthard-Paß, dem Furka-, Bernina- und Julier-Paß ist der Schnee vier Meter hoch. Beim Hospiz auf dem St. Bernhard erreichte der Schnee acht Meter. Die Wiedereröffnung des am Freitag durch eine Lawine unterbrochenen Verkehrs auf der Eisenbahnlinie von Wengen nach Wengernalp hofft man in einigen Tagen zu ermöglichen. Auf der Strecke Disentis—Sedrun der Furka—Oberalp-Bahn ist der Verkehr unterbrochen. Bei Kandersteg ist eine Lawine niedergegangen, die eine Anzahl Arbeiter mit sich riß, von denen einige leicht verletzt wurden. Eine dort am Sonnabend niedergegangene Lawine war 300 Meter breit. Große Waldbestände wurden vom Luftdruck beschädigt und viele Bäume geknickt. Im Formazzatal bei Domodossola, jenseits der schweizerischen Grenze, **wurden sechs Arbeiter von einer Lawine verschüttet; einige konnten noch nicht geborgen werden.** Im Tessin, wo ebenfalls ungewöhnlich viel Schnee gefallen ist, haben seit Sonntag morgen die Schneefälle aufgehört. Es wird von dort und aus der Mailänder Gegend allgemeine Aufheiterung gemeldet.

München, 23. Februar.

Von einer Schneestaublawine wurden bei Lenggries sechs Herren und eine Dame verschüttet.

Infolge des starken Schneetreibens, das nur eine ganz kurze Sicht zuließ, bemerkte man in der ganz nahen Seckarhütte von dem Unglück zunächst nichts. Einem der Verschütteten gelang es, sich aus dem Schnee so weit herauszuarbeiten, daß er um Hilfe rufen konnte. Ein zufällig vorbeikommender Skiläufer hörte die Hilferufe und alarmierte den Posten auf der Seckarhütte. Eine Kolonne von 20 Mann des Gebirgsunfalldienstes vom Roten Kreuz in Lenggries machte sich schnellstens auf den Weg und begann die Bergungsarbeiten. Sechs der unter den Schneemassen begrabenen Personen, darunter auch die Dame, konnten gerettet werden. Der siebente Skiläufer, der Münchener Michael Staffler, konnte nur als Leiche geborgen werden.

Wien, 12. Februar.

Aus Innsbruck wird gemeldet: Vom Petzerkofel bei Innsbruck ist eine Lawine niedergegangen, durch die fünf Touristen, darunter zwei Wiener verschüttet wurden. Zwei von ihnen konnten sich retten, **die drei Begrabenen wurden heute als Leichen geborgen.** Darunter befindet sich der Skilehrer Toni Müller aus Wien. Die Bergungsarbeiten wurden nachts bei Fackellicht fortgesetzt. Bei denselben waren 70 Mann beschäftigt. Während der Arbeiten ging eine zweite Lawine nieder und verschüttete sechs Personen der Rettungsmannschaft. Es gelang aber, alle aus den Schneemassen zu befreien. — Aus Innichen im Pußtatal wird gemeldet: Die Schneemassen haben überall den Verkehr fast unmöglich gemacht.

Bischof Ingram und die Wochenendmoral. In der Kapelle des Königlichen Palastes zog, nach einer Londoner Meldung der Funkstation Rudolf Mosse-Haus, der Bischof von London, Dr. Ingram gegen die sinkende Moral zu Felde. Besonders heftige Angriffe richtete er gegen die Wochenendausflüge unverheirateter Paare und gegen die Kameradschaftsehe, die er als von Amerika herübergekommene „verfängliche moralische Doktrinen" bezeichnete.

Lawinenunglück

Zermatt, 24. Februar. (R.) **Am Monte Rosa sind drei deutsche Touristen von einer Lawine erfaßt worden. Einer von ihnen konnte nur noch als Leiche geborgen werden.**



Verhängnisvolle Lawinenstürze im Hochgebirge. Seltene Aufnahme einer Staublawine am Wetterhorn in der Schweiz.

Aus Tirol, der Schweiz und Italien liegen zahlreiche Meldungen von riesigen Schneefällen und Lawinenkatastrophen vor. Am Patscherkofel (beim Grünen Boden) wurde eine aus fünf Personen bestehende Skiläufergruppe von einer Lawine verschüttet. Eine andere Skiläufergruppe wurde zwischen dem Brindkopfsattel und der Seekarhütte von einer niedergehenden Lawine erfaßt. Schwere Schäden verursachte eine große Staublawine an der Löschtbergbahn.

Aus der Republik Polen

Ein Hochverratsprozeß

In Lemberg hat gestern ein Hochverratsprozeß gegen Führer der Selrob-„Einheit" begonnen. Angeklagt sind der frühere Senator Mikolaj Chimczyn, der frühere Abg. Michal Putek, Wlodzimierz Fijalkowski, Andrzej Panyczniak, Iwan und Wasyl Wozny und Osip Buksowanow. Die Anklageschrift wirft ihnen vor, daß sie in der genannten Partei eine kommunistische Agitation betrieben hätten. Chimczyn ist außerdem angeklagt, auf Versammlungen Reden gehalten zu haben, in denen zu Gewalttaten aufgewiegelt worden sei. Ferner wird ihm die Veruntreuung einer größeren Summe des Tischlerverbandes „Zgoda", dessen Vorsitzender er war, zur Last gelegt. Gestern wurden die Angeklagten vernommen, sie bekannten sich nicht zur Schuld. Die Verhandlung wird vier Tage dauern.

Niedergeschlagener Prozeß

Die „Deutsche Rundschau" vor Gericht

Der blutige Sonntag, der 7. April 1929, an dem Mitglieder der Nationalkirche aus Graudenz, die zur fünfjährigen Gründungsfeier der Thorner Schwestergemeinde nach Thorn gekommen waren, gleich bei ihrer Ankunft von fanatischen Burschen in unmenschlicher Weise verprügelt wurden, fand gestern seinen Epilog vor dem hiesigen Bezirksgericht. Zu verantworten hatten sich jedoch nicht die verblendeten Fanatiker, die ihre Wut an den Graudenzer Gästen ausließen, sondern der verantwortliche Redakteur der „Deutschen Rundschau, Johannes Kruse, der einen Bericht über diesen Ueberfall von Thorn gebracht hatte.

Die Thorner Gemeinde der Nationalkirche hatte die Graudenzer Glaubensgenossen am 7. April 1929 zu ihrer fünfjährigen Gründungsfeier geladen. Die Graudenzer waren der Einladung gern gefolgt und hatten auch ihre Kinderschule und Kapelle mitgebracht, die mit geistlichem Spiel die Thorner Freunde erfreuen sollten. Um 4 Uhr nachmittags trafen die Gäste mit dem Graudenzer Zuge auf dem Thorner Stadtbahnhof ein. Der Empfang, der ihnen zuteil wurde, war beispiellos und erinnerte an die fanatischen Glaubenskämpfe längst verklungener Zeiten. Mehrere hundert Gegner der Nationalkirche hatten teilweise schon von 12 Uhr mittags auf den verhaßten Besuch gewartet, einige waren vollkommen betrunken. Als die Graudenzer Gäste dem Zuge entstiegen waren, fiel die auf dem Bahnhof versammelte Menge über sie her, schlug die Männer blutig und ließ selbst kleine Kinder unter einem Steinhagel laufen und fliehen, der ihnen ihr Leben lang unvergeßlich sein wird. Die Instrumente, die zu Gottes Lob erklingen sollten, wurden zerschlagen; der Schaden beträgt einige tausend Zloty. Bei der baldigen Rückkehr zum Bahnhof — die Veranstaltung konnte nicht stattfinden — führten die Besucher aus Graudenz 14 Schwerverwundete mit. Einem von ihnen waren alle Zähne eingeschlagen worden, er erhielt Prügel bis zur Bewußtlosigkeit. Auch zwei Schwestern hat man geschlagen, ihre Kleider wurden zerrissen. Der damalige Graudenzer Geistliche der Nationalkirche, Aleksy Hajduk, wurde gleichfalls schwer mißhandelt, so daß er längere Zeit sein Amt nicht ausüben konnte.

In dem Bericht über diese Exzesse, die auch im Auslande, besonders in Amerika, dem Hauptsitz der Nationalkirche, ein lautes Echo gefunden hatten, war auch behauptet worden, daß die Menge sogar einen Messediener mit einem Kirchenkreuz und einer schwarzen Trauerfahne mitgebracht hatte. Besonders diese Behauptung gefiel dem Thorner Stadtpräsidenten nicht, der denn auch auf Grund des damals geltenden Pressedekrets die Beschlagnahme der Thorner Ausgabe der „Deutschen Rundschau" anordnete und dem verantwortlichen Redakteur den Prozeß machte. In dieser Sache haben schon wiederholt Verhandlungen stattgefunden, da der Angeklagte für die Richtigkeit seines Berichts, auch für die erwähnte Behauptung von dem Messediener, den Wahrheitsbeweis antreten wollte. Der Prozeß hat nun gestern seinen Abschluß gefunden. Der Wahrheitsbeweis brauchte nicht mehr erbracht zu werden, da inzwischen das Pressedekret aufgehoben wurde und das polnische Strafgesetz für derartige Fälle eine Strafbestimmung nicht vorsieht.

Gleich zu Beginn der Verhandlung stellte der Staatsanwalt den Antrag, die Sache niederzuschlagen; das Gericht beschloß demgemäß.

Gedenktafel

In Wilna ist beschlossen worden, am Namenstage des Marschalls Pilsudski eine Gedenktafel an dem Hause in der ul. Pilsudskiego einzumauern, in dem vor Jahren Pilsudski die erste Nummer des „Robotnik" druckte. Es handelt sich hier um die Verwirklichung eines Projektes, das schon seit längerer Zeit bestand.

Der Namenstag

Am Sonntag hat in Warschau die zweite Sitzung des Hauptkomitees zur Feier des Namenstages des Marschalls stattgefunden. Das Komitee beschloß, mehrere Kommissionen zu bilden. Ein weiterer Beschluß lautet dahin, daß ein Aufruf an die Bevölkerung erlassen wird, die zur Teilnahme an der Aktion der Uebermittlung von Glückwünschen an den Marschall auf Postkarten aufgefordert werden soll.

Energische Sicherheitsmaßnahmen

Im Zusammenhang mit dem von Moskau erteilten Befehl, in verschiedenen Städten Europas, also auch in Polen, kommunistische Demonstrationen unter der Parole des „Internationalen Tages zum Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit" am Mittwoch, dem 25. d. Mts., sind von den Sicherheitsbehörden entsprechende Verhütungsmaßnahmen getroffen worden. Die Behörden wollen im Falle von Ausschreitungen ganz energisch vorgehen.

Die letzten Telegramme

Der frühere Großherzog von Oldenburg gestorben

Oldenburg, 24. Februar. (R.) **Der frühere Großherzog von Oldenburg, Friedrich August, ist heute früh gestorben. Der Großherzog, der am 16. November 1852 geboren war, kam am 13. Juni 1900 zur Regierung. Während der Revolution verzichtete er freiwillig auf seinen Thron und lebte dann meist auf dem Schloß Rastede. In der Nachkriegszeit hat er sich auch an dem** Wirtschaftsleben Oldenburgs beteiligt.

Der nationalistische Kongreß erteilt Gandhi eine Generalvollmacht

Neu Delhi, 24. Februar. (R.) **Der Vollzugsausschuß des nationalistischen Kongresses nahm eine Entschließung an, in der Gandhi uneingeschränkte Vollmacht erhält, eine Abmachung mit dem Vizekönig zu treffen. Dieser beabsichtigt, Gandhi nächstens zu sich zu rufen,** um die kürzlich aufgenommenen Besprechungen **fortzusetzen.**

Der Aufstand in Peru

Lima, 24. Februar. (R.) **Aus der südamerikanischen Republik Peru liegen einander widersprechende Nachrichten vor über die gegenwärtige politische Lage. Nach Neuyorker Meldungen hat der vorläufige Staatspräsident Perus erklärt, daß er bei den kommenden Präsidentenwahlen als Kandidat ausscheide. Die Bevölkerung werde zunächst nur eine Nationalversammlung zu wählen haben, die eine neue Verfassung ausarbeiten solle.** Die Nationalversammlung werde auch den Zeitpunkt der Präsidentenwahl und der Gemeindewahlen festsetzen. Andere Meldungen besagen, daß sämtliche Truppen in Südperu sich im Aufstand befinden und sich zum Marsch auf die Hauptstadt Lima anschickten.

Wölfe in Italien

Rom, 24. Februar. (R.) **In Mittelitalien haben sich ganze Rudel Wölfe wegen der anhaltenden Schneefälle aus den Bergen in die Tiefebene geflüchtet. In der vergangenen Nacht überfielen Wölfe eine Schafherde in der Nähe von Rom und zerrissen 18 Schafe. Die mittelitalienische Landbevölkerung veranstaltet große Treibjagden auf die Wölfe.**

Die Landwirtschaft in Oesterreich

Wien, 24. Februar. (R.) **Für die österreichische Landwirtschaft kündigte der österreichische Innenminister Winkler besondere Hilfsmaßnahmen an. Der Minister betonte, daß die gegenwärtige österreichische Regierung fest entschlossen sei, einen genügenden Absatz und auskömmliche feste Preise für die Landwirtschaft zu sichern. U. a. habe die Regierung eine Verordnung beschlossen, welche die Einfuhr von ausländischem Gefrierfleisch praktisch unmöglich mache. Ueber die geplante Schaffung einer Einfuhrstelle für Getreide und Mehlprodukte werde übermorgen vom Kabinett entschieden werden. Die Verwirklichung dieses Planes sei zweifelhaft, da große Schwierigkeiten beständen. Der Minister verwies weiter auf die beabsichtigten Zolländerungen und besprach dann die Handelsvertragsverhandlungen Oesterreichs mit Ungarn, Südslawien und Italien. Von diesen Verhandlungen sei eine Einschränkung der Einfuhr und eine für die Landwirtschaft günstige Preisgestaltung zu erwarten.**

Zusammenstöße in Stuttgart

Stuttgart, 24. Februar. (R.) **Als die Nationalsozialisten gestern abend nach einer Versammlung in der Stadthalle zum Stöckach-Platz marschierten, kam es zu einem Zusammenstoß mit den Kommunisten, bei dem die Polizei einschreiten mußte. Ein Nationalsozialist erhielt einen Streifschuß am Kopf, ein Polizeiwachtmeister einen Bauchschuß, der ihn schwer verletzte.**

Stuttgart, 24. Februar. (R.) **Gestern abend demonstrierten die Kommunisten auf dem Marktplatz gegen die wegen Abtreibung erfolgte Verhaftung des Arztes Dr. Wolf und der Aerztin Frau Dr. Jakobowitz-Kienle. Als sie vor das Landgericht zogen, griff die Polizei ein und zerstreute die Demonstranten unter Anwendung des Gummiknüppels.**

Die Beschlüsse des spanischen Ministerrates

Madrid, 24. Februar. (R.) Der Ministerrat hat gestern nachmittag die Politik der Regierung gegenüber den Sozialisten, die Beschleunigung der Wahlen, die Stellung der Regierung zu dem unter der Diktatur eingeführten Strafgesetz und die Frage der Gehälter der Eisenbahner erörtert. Die Stadtratswahlen wurden auf den 1. April anberaumt. Hinsichtlich der Wiedereröffnung der Universitäten wurde beschlossen, dem König eine Verordnung, die heute veröffentlicht werden wird, vorzulegen, wonach die Verwaltungsräte der Universitäten aufgefordert werden, sich gutachtlich über den Zeitpunkt der Wiedereröffnung der Hochschulen zu äußern. Bezüglich der Revision des Strafgesetzes werden mehrere Rechtsanwälte um Unterbreitung von Verbesserungsvorschlägen gebeten werden; die Regierung will jedoch von dem Strafgesetz der Diktatur die Bestimmungen, die sie für gut hält, aufrecht erhalten. Schließlich beschloß der Ministerrat unter Führung des früheren Ministers Rodriguez de Viguri eine spanische Delegation zu der internationalen Wirtschafts- und Finanzkonferenz des Völkerbundes zu entsenden.

Deutsches Reich

Vertreter der Kriegsbeschädigten organisationen beim Reichspräsidenten

Berlin, 23. Februar. (R.) Der Herr Reichspräsident empfing heute eine Vertretung der im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge zusammengeschlossenen Organisationen bestehend aus den Herren Oberst a. D. von Rauch, Amtsgerichtsrat Dr. Plein und Major a. D. Goedicke, welche dem Herrn Reichspräsidenten über die in den Kreisen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen bestehenden Besorgnisse wegen des Planes einer Umgestaltung der Versorgungsverwaltung (Versorgungsämter und Hauptversorgungsämter) berichteten.

Staatssekretär Abbegg über die preußische Innenpolitik seit 1918

Berlin, 24. Februar. (R.) In der von Katharina von Kardorff geleiteten Hochschule der Frau (nationale Arbeitsgemeinschaft) sprach im Haus der Presse Staatssekretär Abbegg über den Aufbau der preußischen Innenpolitik seit 1918. Nach einem historischen Rückblick vom Kriegsbeginn an, betonte Staatssekretär Abbegg, daß von den Nationalsozialisten keinerlei innenpolitische Gefahr drohe. Sie hätten durch ihre Opposition gerade das Gegenteil dessen erreicht, was sie wollten: einen festen Zusammenschluß der Republikaner im Parlament. Aufgabe der Innenpolitik sei es, die richtige, mittlere politische Linie zu finden, die deutschem Kulturzustand entspreche, und das sei die Demokratie. Zu deren Schutz hatte sich das Reichsbanner gebildet, das am 22. Februar sein siebenjähriges Bestehen feiern konnte. Bisher hatte man das deutsche Humanitätsideal, jeden nach seiner Fasson selig werden zu lassen, zu sehr in den Vordergrund gestellt. Straffere Regierungsmethoden seien notwendig, für deren Durchführung Reichskanzler Brüning durchaus der geeignete Mann zu sein scheine. Vor der Anwendung des § 48 dürften wir uns nicht fürchten, um nicht in die Diktatur abzusinken. Staatssekretär Abbegg schloß mit den Worten, daß wir in der größten Zeit lebten, die Deutschland je gesehen habe, in der sich Deutschlands Arbeitswille und Selbstsucht beweise wie noch nie.

Erweiterung der Osthilfe in Niederschlesien

Berlin, 23. Februar. (R.) Wie von unterrichteter Seite gemeldet wird, ist die Osthilfe für Niederschlesien erweitert worden. In die Reichsratsvorlage, die bisher für Niederschlesien die Kreise Grünberg Stadt und Land, Freystadt, Glogau Stadt und Land, Guhrau, Militsch, Groß-Wartenberg und Namslau enthielt, sind neu eingefügt worden die Kreise Habelschwerdt, Glatz, Neurode, Waldenburg, Landeshut und die Stadt Breslau.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland

Essen, 24. Februar. (R.) Ueber die Notlage der Gemeinden äußerte sich der Essener Oberbürgermeister Dr. Bracht bei einer Pressebesprechung. Er erklärte, daß es heute vollkommen ausgeschlossen sei, in einer Gemeinde mit zahlreichen Arbeitslosen den Haushalt auszugleichen. Auch bei dem Haushalt der Stadt Essen sei dies nicht mehr möglich. Denn Essen habe unter allen rheinischen Städten noch immer die meisten Hauptunterstützungsempfänger. Dr. Bracht wies weiter darauf hin, daß im Jahre 1913 die Wohlfahrtsausgaben etwa 7 Prozent der gesamten Ausgaben der Stadt Essen ausgemacht hätten, heute jedoch 34 Prozent. Im kommenden Haushaltsjahr würden sogar 51 Prozent des gesamten Zuschußbedarfs auf Wohlfahrtslasten entfallen. Der Essener Oberbürgermeister betonte zum Schluß, daß die Städte organische Hilfe verlangten, bestimmte feste Maßnahmen entsprechend der Zahl der Arbeitslosen.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: **Alexander Jursch.** Für Handel und Wirtschaft: **Erich Loewenthal.** Für die Teile: Aus Stadt und Land und den Briefkasten: **Erich Jaensch** Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage: „Die Zeit im Bild": **Alexander Jursch.** Für den Anzeigen- und Reklameteil: **Hans Schwarzkopf.** Verlag „Posener Tageblatt". Druck: Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen. Zwierzyniecka 6.





Smyrna-Orient

Der unsterbliche Teppich! **Spezialität der Firma Kazimierz** *Kużaj*

Ein herrliches Erzeugnis einheimischer Knüpfkunst. — Er ist handgearbeitet aus edlem Material, hat durchgehende Musterung, echte Farben und ist konkurrenzlos im Preise. — Ein wertbeständiger, vornehmer Zimmerschmuck. — Der Quadratmeter enthält 40 bis 60 tausend Knoten.

Preis pro Quadratmeter von **100,— zł** *an.*

Kazimierz **Kużaj** *Teppich-Zentrale* *ul. 27. Grudnia 9 — Telefon 3458.* **Größtes Teppich-Spezial-Haus in Poznań.**

Gegründet 1896.



Fensterauslagen u. Innenausstellung sehenswert!

Für die uns beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen erwiesene Teilnahme und die vielen Kranzspenden sagen wir hiermit allen, insbesondere Herrn Pastor Lange für die trostreichen Worte am Grabe sowie dem evgl. Gesangverein und dem Posaunenchor unseren

herzlichsten Dank.

Familie Redlich.

Krosno, den 24. Februar 1931.

Anfertigung von

gestrickten Sportsachen

aller Art

in den verschiedensten Farben zu Fabrikpreisen.

Reparaturannahme von Strickwaren.

H. Seeliger

Poznań, Sw. Marcin 43.



Verein Deutscher Sänger

Sonntag, den 1. März ½5 Uhr

im grossen Saale des Evangelischen Vereinshauses

Volkstümliches Konzert

Eintrittskarten zu **2** und **1** zł ausschl. Steuer in der Evangl. Vereinsbuchhandlung und an der Abendkasse.

Junger, akad. geb. Mann sucht **Bekanntschaft** mit hübscher, intelligenter

junger Dame

für Konversation — gesell. Verkehr. Freundl. Zuschr erb. u. **811** a. d. Geschst. d. Z'g., Poznań, Zwierzyn. 6.

KINO WILSONA, Łazarz

Ecke ulica Strusia - Mateckiego

Ab heute eine Ufaproduktion

„Adieu Mascotte"

Hauptrollen: **Lilian Harvey**
Igo Sym
Harry Halm
u. **Julius Falkenstein.**

Beginn 5, 7 und 9 Uhr

Obwieszczenie.

W tutejszym rejestrze spółdzielni Liczba 113 wpisano dnia 22 stycznia 1931 przy spółdzielni: **Poznańska Spółka Okowiciana Spółdzielnia dla zbytu okowity z ograniczoną odpowiedzialnością Poznań**, że przedmiotem spółdzielni jest ponadto prowadzenie na własny rachunek przedsiębiorstw przemysłowych, handlowych i innych, popierających cele spółdzielni. Rok obrachunkowy rozpoczyna się z dniem 1 października a kończy się z dniem 30 września następnego roku. Uchwałą walnego zebrania z dnia 15 kwietnia 1930 zmieniono § 2 (przedmiot), § 39 (rok obrachunkowy), § 42 (zyski bilansowe).

Poznań, dnia 11 lutego 1931.

Sąd Grodzki.



Reitpferd Fuchsstute

1,70, $6^{3}/_{4}$ Jahr alt, Mutter Hannoveraner Warmblut, Beschäler engl. Vollblut, preiswert zu verkaufen. Ang. u. **815** a. d. Geschst. d. Ztg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Suche z. 1. April d. J. für meinen Sohn, der seine Lehrzeit Mitte März beenden wird, Stellung als

alleiniger Beamter

auf mittl. Gute, direkt unt. Chef, evtl. als II. Beamter, bei Familienanschl. Polnisch in Wort u. Schrift mächt. Rittergutsbesitzer **Ehlert** in **Wery** p. Drzycim, pow. Świecie, Pomorze.

Verwenden Sie

während der kalten Jahreszeit zum Schmieren Ihrer Maschinen nur

kaltbeständige Ampol-Oele

und Sie sparen viel Ärger, Zeit und Geld!

Alleinvertrieb **Karl Sander**, Poznań, Sew. Mielżyńskiego 23.

CONCORDIA SP. AKC.

früher

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A.-G.

Tel.: 6105, 6275. Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Geschäfts- und Familien-Drucksachen in geschmackvoller Ausführung. Kartonagen, Faltschachteln, Packungen aller Art. Druck von Büchern, Broschüren, Plakaten, Bildern, Werbe-Drucksachen in Buch-, Stein- und Offsetdruck.

BUCHBINDEREI

Sämtliche Formulare und sonstigen Drucksachen für Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe.

Pianos

viel preisw. als Fabrikate v. Nichtfachleut. hergestellt, empf. in gr. Ausw. a. best. gepflegt. Material., guter Verarb. u. m. reell. Garantie

Größte und leistungsfähigste Pianofortefabrik in Polen

B. Sommerfeld

Bydgoszcz, ul. Śniadeckich 56.

Gute gebrauchte Pianos und Harmoniums ständig auf Lager. Verlangen Sie bitte Offerte.

Pelze jetzt bis **50%** herabgesetzt. Herrenpelze wegen Auflösung noch billiger. **B. Hankiewicz, Poznań, ul. Wielka 9** (Eing. ul. Szewska)

Englisch erteilt gründlich und **billig** (auch Sammelkurse **Knedler** 3 Maja 5. III. Tr. links.

Landwirtssohn, 18 Jahre alt, beendigt am 28. März 1931 die Winterschule zu Wolsztyn, Deutsch u. Polnisch mächtig in Wort u. Schrift, bisher tätig auf väterl. Gute, sucht ab 1. April 1931 Stellung als **Eleve**. Ang. zu richt. unter **802** an die Geschäftsst. d. Zeitung Poznań, Zwierzyniecka 6.

Tafelsilber

komplett für 12 Personen, 800 gestempelt, 2 englische bunte Stiche von 1799, Salon preiswert zu verkaufen. Off. u. **817** a d. Geschst. d. Ztg. Poznań, Zwierzyniecka 6.



KELIMS!

Wir veranstalten bis Ende Februar einen

Grossen Propaganda-Verkauf und AUSSTELLUNG

von Kelims. Preise herabgesetzt bis

40%

Kelims finden Verwendung als **Teppiche — Vorleger — Vorhänge Wanddekoration und dgl.**

Originale u. stilisierte Volksmotive.

Riesenauswahl!

Teppich-Zentrale

Kazimierz KUŻAJ

ul. 27 Grudnia 9.

Porzellan-Großhandlung

Poznań, Wroniecka 24

verkauft an jedermann ohne Rücksicht zu Engrospreisen

Porzellan-Kaffee-Service
6 Personen, $8^{1}/_{2}$ zł.

Porzellan-Tafel-Service
12 Personen, **59** zł.

Glas, Kristall, Steingut Alpaka, Alpaka-Bestecke spottbillig.

Tee-Gläser nur 10 Groschen.

Aelteres, evangel. **Mädchen**, auch poln. sprech., m. Kochkenntnissen, sucht Stellung v. 1. März od. später. Off. unt. **816** a. d. Geschst. d. Ztg., Poznań, Zwierzyn. 6.

Nach **23jähr Tätigkeit** auf hiesig. Gute suche ich sofort od. 1. Juli 1931

selbständige Stellung.

Adolf Schmidt

Oberinspektor.

Pianowo, pow. Kościan

Evgl. Landwirtstochter mit guten Zeugnissen sucht ab 1. März oder 1. April **Stellung** als erstes

Küchenmädchen.

Off. u. **813** a. d. Geschst. d. Ztg. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Suche für sofort wegen Erkrankung m. Mädchens ein älteres, erfahrenes

Stubenmädchen

Frau Tierarzt Sonnenburg
Tarnowo Podg.
pow. Poznań.

Suche

vom 1. bis 15. März

möbliert. Zimmer,

möglichst Zentr. Posen. Off. u. **810** a. d. Geschst. d. Ztg. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Wirtschaftsinspektor

m. 12-j. Praxis a. Gut m. Zuckerrüben- und Weizenb. prima Zeugn. u. Ref., ged. Kavall., d. Poln. in Wort u. Schr. mächtig, wünscht sich zu veränd. wo spät. Verh. mögl. Gefl. Zuschr. a. **F. Bittner**, Wolenice, pow. Krotoszyn.

Sie müssen jetzt daran denken, Ihre

Einkommensteuererklärung

abzugeben. Die richtige Abgabe schützt Sie vor Verlusten. Alles Erforderliche nebst Anweisungen und Tabellen finden Sie in dem Handbuch

„Das polnische Einkommensteuergesetz

in deutscher Uebersetzung"

Preis 7.50 zł **Zu haben in allen Buchhandlungen**

Concordia Sp. Akc. Verlagsanstalt Poznań, Zwierzyniecka 6